

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

278 (29.11.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abständen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren. monatl. Einzelempl. 25 S. Ausgabe: Wertans mittags. Geschäftsstelle: Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die Restamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmestempel 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie

Baden-Baden, 27. November 1920.

2. Verhandlungstag

Vorsitzender Strobel eröffnet die Tagung um 8.15 Uhr. Eine Entschließung zur Frage der Gewerkschaften, die Stellung der Partei zu der Arbeitergemeinschaft der Gewerkschaften wird in dem Sinne entworfen, daß die Gruppen der Gewerkschaften als Verbände der Partei eingegliedert werden, wird angenommen. Der Antrag 23, am 1. Mai Schafstein zu veranstalten, wird dem Landesvorstand als Material überwiesen, dessen zweiter Teil über die Beteiligung der Arbeitersportvereine an der Reise wird angenommen.

Ausprache über die Parteitaktik

Dr. Dies-Karlsruhe tritt für den Antrag Karlsruhe auf stärkeres Auftreten ein. Der Antrag ist zeitgemäß, ja sogar notwendig. Es ist notwendig, die Grenzen der Demokratie zur Sprache zu bringen. Schon deshalb, weil wir ja bei einem Rechtsstreit alle Mittel zur Anwendung bringen müssen. Die Grenzen der Demokratie liegen darin, festzulegen, was wir machen, wenn die formal-juristische Demokratie dazu benützt wird, die Republik und die Grundgesetze der Revolution zu beschützen. Wollen wir in diesem Falle mit geballter Faust dazwischen treten? Da hört die Grenze der Demokratie auf und dies muß uns Parteiprogramm. Die Arbeiter müssen wissen, was droht, wenn die Reaktion versucht, die Konstitution wieder einzuführen. Deshalb ist es eine gewaltige Unterstützung für die Aktion unserer Partei, wenn wir aussprechen, was zu erwarten ist, wenn die Reaktion einen Vorstoß macht. Weiter muß die Demokratisierung eine Grenze haben, wenn die Sozialisierung verschleppt wird. Nach der Revolution sprechen alle Parteien von der Sozialisierung. Heute hört man nichts mehr davon. Wir dürfen uns hierin nicht an der Nase herumführen lassen. Die Demokratisierung darf für uns alles sein, was ein Mittel sein zur Durchsetzung des Sozialismus. Unsere Vertreter in der Regierung sollten darauf sein, daß wir ihnen den Gegebenen gegenüber eine Plattform geben, indem die Gegner erkennen, daß wir nicht bereit sind, länger mitzumachen, wenn diese unsere Forderungen sabotieren. Durch das Land geht ein Aufbruch, wenn es erkannt, daß wir uns von den Gegnern nicht mehr alles gefallen lassen.

Geunbach-Freiburg erklärt, daß was Dr. Dies heute gesagt hat, unterschreiben wir alle. Es liegt ein gewaltiger Unterschied zwischen dem, was Dr. Dies heute sagte und dem, was er früher sagte. Jedoch nicht die Partei änderte sich, sondern Dr. Dies modifizierte seine Auffassungen. Die sozialdemokratische Partei kann nicht gegen die Massen regieren. In Bayern zeigte sich, daß die Partei nicht stärker wird, wenn sie sich auf die Opposition zurückzieht. Wichtig liegt es in Würtemberg. (Zuschüsse: Und im Reich!) Durch Austritt aus der Regierung wird die Partei nur schwächer. Senfionsartikel wie neulich gegen das Reichsteilhaben sollten nicht gebracht werden. Ich gehe noch weiter als Genosse Dr. Dies und meine, daß wir es uns nicht einmal bieten lassen dürfen, wenn die Demokratisierung der Verwaltung hinausgeschoben wird. Aber heute ist nicht der Zeitpunkt zum Austritt aus der Regierung.

Fahrner-Freiburg weist auf den heute noch vorhandenen Schandrian in der Verwaltungsbürokratie hin. Hier müssen wir heute hinein, die mit dem Volke verbunden seien. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens sind große Reformen am Werke. Vor allem sind bei den Versäumnissen der Regierung notwendig, die die Bedürfnisse der Arbeiterklasse kennen. Wenn wir hier zu einem anderen System kommen, wird es allgemeine Befriedigung auslösen.

Dr. Kullmann-Karlsruhe: Wir müssen die Gefahr vermeiden, in das Jahnwasser einer reinen Reformpartei zu kommen. Wir sind uns klar, daß Situationen kommen können, in denen die Demokratie ihre Grenzen hat. Angesichts der letzten gefährlichen Situation ist die Verschärfung der Partei sehr zu bedauern. Die Regierung muß ein Interesse daran haben, daß die Einigung der Arbeiterklasse herbeigeführt wird. Denn diese Einigung ist eine dringende Notwendigkeit.

Graf-Forsheim: Wenn das Parlament einig wäre, können wir mit der gegenwärtigen Demokratie aus. Es können Situationen kommen, wo wir uns der Regierung austreten müssen; aber für Baden heute die Frage davon zu sprechen, ist verfehlt. Wir haben eine große Stütze in den sozialistischen Ministern, besonders die Gewerkschaften. Wir verlangen, daß die Minister Zustimmung mit uns halten. Redner bespricht im Anschluß hieran die Bürgermeisterversammlung in Eppingen und kritisiert die Regierung des Ministeriums des Innern. Es müssen mehr sozialdemokratische Beamte in die Ämter kommen.

Dr. Adolf Braun vom Parteivorstand: Es bestehen große Schwierigkeiten, die Verwaltungsbürokratie umzugestalten. Denn das Reich und Land nehmen uns unsere besten Verwaltungskräfte aus der Organisation heraus. Und gerade die Verwaltungsoberleitung der Partei darf nicht außer acht gelassen werden. Unsere Aufgabe ist es nicht nur den Staat weiter zu verwalten, sondern auch ihn neu aufzubauen. Dies ist aber eine sehr schwierige Aufgabe. Die Justiz sind zwar unangenehme Leute, aber brauchen wir man sie in Verwaltung, im Parlament etc. Wir dürfen uns nicht einblenden und alle unsere Kräfte aus Partei und Gewerkschaft herausnehmen und sie in die Staatsverwaltung hineinwerfen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund steht in enger Fühlung mit unserer Partei. Selbst der Inobstande Dittmann stellt sich als Ge-

werkschaftsführer völlig auf den Boden unserer Anschauung. Dr. Dies gefällt sich nach seinem Kopfe eine formal-juristische Demokratie, die er dann manifest schlägt. Die Sozialisierung ist nur denkbar durch den Druck von unten und der Arbeiterschaft, der kommen wird. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie, die auf der Herrschaft des Volkes steht und nicht auf dem Boden des parlamentarischen Rechtsinstituts, der nur mit der abstimmbaren Abgeordneten regiert. Was wir brauchen, ist ein einziges Proletariat. Die Bekämpfung der Demokratie, wie sie Dr. Dies wünscht, gibt unseren Gegnern von rechts und links alles Recht. Die Gefahr des Minoritätenrechtes hat Deutschland wahrlich lange genug ausgekostet, als daß wir dafür einreten sollten, daß eine Minderheit über die Mehrheit herrscht. Dr. Dies redet viel zu wenig mit den Masseninstinkten, der bei seiner Kritik alle Anzeichen von noch so kleinen Schwächen zum Vorschein bringt. Er macht sich viel zu sehr eine mathematische Formel zurecht. Es gibt heute niemand mehr, der eine Diktatur über ein Land führen und verantworten könnte. Man soll die Demokratie, die wir noch lange nicht haben, nicht aufhören, bevor wir sie durchgesetzt haben. Statt die Diktatur zu verhindern, sollten wir Anknäuel für die Sozialdemokratie zu gewinnen suchen, um hierdurch die Demokratie weiter voranzutreiben zu können.

Minister Kemmele verteidigt seine Haltung in der Bürgermeisterversammlung zu Eppingen unter Bezugnahme auf die Stimmverhältnisse in Eppingen bei den letzten Parlamentswahlen. Ein Bürgermeister, der nicht die Mehrheit der Einwohner hat, hinter sich hat, kann nicht mit Aussicht auf Erfolg arbeiten. Es haben nur praktische Erwägungen bei der Bürgermeisterversammlung den Ausschlag gegeben. - Redner wendet sich nunmehr gegen die Ausführungen von Gen. Dr. Dies. Es stimmt doch nicht alles, was wir gewünscht haben, durchzusetzen konnten. Aber dies ergibt sich naturgemäß aus dem Übergang des bürgerlichen Einflusses im Lande gegenüber dem sozialistischen. Aber Beschwerden solcher Art sind bei den bürgerlichen Parteien im selben Maße zu vernehmen, oder in noch höherem, wie bei uns. Das liegt aber im Wesen der Revolution. Wenn man erwägt, was die demokratischen Führer sich haben lassen müssen, dann geht es nicht an, in der Art die Dinge auf den Kopf zu stellen, wie es Dr. Dies tut. Es ist nicht so, daß, wenn man den Befehl hinwirft, die Arbeiter gleich zum Vorkommen kommen. Man sehe nach Bayern und Würtemberg. Was Dies heute gesagt hat, können wir unterschreiben, aber nach seinen früheren Ausführungen hat seine Resolution einen anderen Sinn. Dr. Dies stellt auch in der praktischen Arbeit keinen Namen, er verfährt nur nach Resolutionen und kritisiert in den Verhandlungen. In dem Dr. Dies in diesem Punkt keine Schuldhaft nicht tut, sondern sich Verhalten ein ganz anderes Licht. Wer aufzutauchen ist in der Partei, in der Gewerkschaft, der weiß wie viele es tut, wenn in den Gewerkschaften und in der Partei aufkommen. Das ist nicht mehr in der Regierung bleiben, wenn ein Verstoß gegen den Bestand der Republik gemacht würde, das wissen wir von selbst. Was es in der Frage der Sozialisierung nicht unmerklich besser, wenn wir mit an erster Stelle, in der Regierung mitarbeiten würden. Die Frage der Sozialisierung ist eine Maßnahme, was man nur wünschen, daß die Arbeiter mitarbeiten und für die Verwirklichung der Sozialisierung eintreten. Neben Verstoß der Reaktion, die Macht zu ergreifen, werden wir mit allen Mitteln niederringen. Man kann aber in einer Revolution niemals die Partei verlassen.

Reinhold-Singen: Es wird innerhalb der sozialistischen Bewegung viel zu viel geredet, aber zu wenig gehandelt. Es ist notwendig, nicht zu viel Theorie zu treiben. Jede Kritik der Gegner an uns, die Genossen, ist ein Zeichen der Schwäche der Partei und als falsche Münze genommen. Die soll sich die Umformung der kapitalistischen Wirtschaft vollziehen, wenn wir über alles abstellen stehen. Man muß auch die Konsequenz der Revolution bedenken; was dann, wenn wir aus der Regierung heraus sind. Es ist leicht, die revolutionäre Welle zu predigen, aber Dr. Dies soll doch dann mal mit hinauf in den Service und die revolutionäre Welle helfen weiterzutreiben. Unsere Aufgabe muß sein, noch stärker in die Regierung hineinzukommen. Die Revolution ist abgelaufen, unsere Genossen in der Regierung wissen allein, was sie zu tun haben.

Graf-Mannheim: Wir tranken daran, daß wir zu stark behaupten, wie wollen wir mit den verfassungsmäßigen Mitteln unsere Forderungen durchsetzen. Wir können ruhig aussprechen, was Dr. Dies verlangt hat. Des leichten beschäftigte sich Redner mit der Pensionierung des Gen. Dr. Dies, wobei er die Stellung der Fraktion ablehnt. Diese Frage hätte in Verbindung mit der Gesamtpartei gelöst werden sollen.

Marum-Karlsruhe verteidigt die Haltung der Landtagsfraktion in der Pensionierung des ehemaligen Staatspräsidenten Graf. Die Verfassung steht im Augenblick, der hier gegeben war, eine solche Pensionierung vor. Die Partei und der Staat ist dem Genossen Dies, dem man wider seinen Willen die Würde des Amtes des Staatspräsidenten zuzuschreiben zu größtem Dank verpflichtet. Auch andere Länder mit parlamentarischen Regierungen sehen gleich dem Zustand die Pensionierung ehemaliger Minister vor. Dem demokratischen Prinzip widersteht die Pensionierung nicht. Das Gefährliche an den Dies'schen Ausführungen ist das, daß er heute ganz andere Dinge vorbringt, als in den Karlsruhe'schen Verhandlungen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion, als Dr. Dies nach ihr Mitglied war, schärfer aufgetreten als jetzt. Baden kann nicht als einzelnes Land im Reich eine besondere Sozialisierung machen. Ist es möglich, die Verwaltung zu demokratisieren, wenn wir nicht in der Regierung sind? Wenn man die von uns geleistete Arbeit betrachtet, wird man finden, daß sie ihre Aufgabe erfüllt. Allerdings eines Lehnen wir allerdings ab: nämlich Männer auf Posten zu bringen, die nur eine sozialdemokratische Meinung ausprechen können. Wir bringen nur solche Leute auf Posten,

damit wir mit den Personalvorstellungen kein Fiasko erleben. Die Partei kann überzeugt sein, daß die Partei nichts verläßt, ihre Forderungen durchzusetzen und jederzeit mit genügender Schärfe auftritt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Dr. Dies-Karlsruhe stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß er in der Nationalversammlung in der Fraktion bereits die Ansicht vertritt, daß wir nicht in eine bürgerliche Regierung eintreten sollten.

Graf-Forsheim stellt fest, daß in Eppingen nur ein sozialistischer Kandidat aufgestellt gewesen sei.

Minister Kemmele betont gegenüber Dr. Dies, daß er von dem, was er gesagt, nichts zurückzunehmen habe.

Vorsitzender Strobel stellt fest, daß der Bezirksvorstand in der Pensionierungsfrage geteilt war, so daß die hinausgehenden Kundgebungen nur Kundgebungen einzelner Mitglieder waren, ohne vorausgehende Stellungnahme.

Es folgt

Die Abstimmung

über die hierzu gehörigen Anträge: Antrag 27-Karlsruhe, der eine größere Schärfe als bisher in der Vertretung der sozialdemokratischen Forderungen verlangt und bei Ablehnung die Konsequenzen durch Austritt aus der Koalition-Koalition gezogen wissen wollte, wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Die Anträge 28 und 29-Karlsruhe betr. Einwendungen gegen die Pensionierung des Staatspräsidenten werden durch Übergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt. Ebenso wird über den Antrag 10-Forsheim, Bürgermeisterversammlung in Eppingen zur Tagesordnung übergegangen. Die Anträge 11-Heidelberg und 12-Forsheim auf Demokratisierung der Verwaltung werden angenommen.

Der Antrag 20, der Bezirksvorstand besteht aus 10 Personen, wird einstimmig angenommen.

Wahl des Bezirksvorstandes

Die Wahl des Bezirksvorstandes ergibt die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder bis auf die abtretenden Genossen Hötter und Kräft, an deren Stelle die Genossen Trumbpfeffer und Krämer treten. Der Bezirksvorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

- Strobel Georg, Stadtrat, Mannheim
- Sahn Carl, Landtagsabg., Mannheim
- Therese Wase, Landtagsabg., Mannheim
- S. Krämer, Parteisekretär, Mannheim
- Oskar Ged, Reichstagsabg., Mannheim
- Jakob Trumbpfeffer, Stadtvordneter, Mannheim
- S. Dink, Direktor, Mannheim
- Georg Pfeiffle, Stadtvordneter, Mannheim
- Kean Richard, Arbeitsekretär, Mannheim
- G. Zimmermann, Refektor, Mannheim

Dem Bezirksausschuß gehören an: Georg Reinhold, Stadtrat, Singen a. S. Adolf Kasper, Sekretär, Freiburg i. Br. Wolf Winter, Sekretär, Offenburg. Dr. Kullmann, Stadtrat, Karlsruhe. Oskar Graf, Stadtvordneter, Forstheim. Max Arnold Landtagsabg., Mannheim. Joseph Mann, Parteisekretär, Heidelberg. August Fischer, Landtagsabg., Karlsruhe.

Erzählte im Bezirksausschuß: Otto Korn, Singen a. S. Keller, Waldshut. Heinrich Passendorf, Sekr. Carl Scherl, Karlsruhe. Friedr. Böckel, Godesheim. Emil Raier, Heidelberg. Anna Harhoff, Freiburg i. Br.

Ein Antrag Heidelberg, in den Bezirksausschuß aus jedem Sekretariatsbezirk eine Genossin zu delegieren, wird zum nächsten Parteitag zurückgestellt. Angenommen werden die Anträge 23, Vorarbeiten zu einem dauernden Gedanken der hervorragenden Genossen Frank-Kob zu treffen, 24, der Austritt aus den bürgerlichen Sportvereinen und Anschließ an die Arbeitersportvereine wünscht. Abgelehnt wird der Antrag 21, nur alle 2 Jahre den Parteitag zu veranstalten, und Antrag 22, die Parteitage in Zukunft in Offenburg abzuhalten.

Marum-Karlsruhe ergänzt den Antrag auf eine dauernde Sitzung Frankfurt auf seinen Mitarbeiter Kolb, der dann auch, wie oben verzeichnet, in diesem Sinne angenommen wird.

Die Arbeiten des badischen Landtags

Marum-Karlsruhe

Voriges Jahr stand der Landtag unter dem Zeichen der Verfassung - dieses Jahr war seine Aufgabe, Gesetze auszuarbeiten zur Fortentwicklung des Sozialismus. Ziel erörtert wurden auch die Formen des Parlamentarismus. Heute spielt das Parlament eine ganz andere Rolle als früher. Früher leitete die Bedeutung des Parlaments in seiner propagandistischen Wirkung. Heute handelt es sich für uns darum, im und durch das Parlament Ziele zu erreichen, positiv zu wirken. Dadurch wurden die Arbeiten vom Plenum vielfach in die Kommissionen verlegt, so daß die Öffentlichkeit oft nicht mehr so gründlich informiert ist als früher. Die Plenarverhandlungen ratifizieren heute oft nur, was zuvor schon unter den Kommissionen abgeprochen wurde. In den Fraktionen und Kommissionen wurde außerordentlich gearbeitet, so daß im Plenum nicht mehr so große Reden notwendig waren. Leider werden die Berichte des Parlaments oft demier auf die Ver-

ischen Verhältnisse geprüft, als auf Zwischenbemerkungen, Kritik, Zwischenrufe (Seitens). Viel nötiger als das ist es jedoch, den sachlichen Inhalt der Landtagsverhandlungen zu verfolgen. In den Plenar-, Kommissions- und Fraktions-Sitzungen steht eine gewaltige Arbeit. Neben zahlreichen Anträgen, Interpellationen, Petitionen wurden 30 Gesetze gemacht. Darunter ist in erster Linie zu nennen die Verabschiedung des Finanzgesetzes, dessen Millionenfiguren uns die veränderten Verhältnisse markant vorführen. Neben dem Hauptbudgetsatz und 1. Ratibrot mit über 500 Millionen wird demnächst ein zweiter Nachtrag mit mehreren hundert Millionen Ratibrot kommen.

Aus dem Zustand, daß das Reich Kostträger der Einzelstaaten ist, sind wir heraus. Dafür sind wir im anderen Extrem, daß die Länder vom Reich alimentiert werden. Die Ergebnisse der Reichseinkommensteuer werden, wenn sie richtig dekretiert werden, vermutlich viel höher sein als angenommen. Unter der Gesetze ist die Abänderung des Einkommensteuergesetzes zu nennen, das die Kirchen finanziell unabhängiger macht. Des Weiteren sind eine Reihe kleinerer Steuererlasse zu nennen. Darunter regelt der Landtag die Vermögens- und Betriebsvermögensteuer, die demnächst einer gänzlich neuen Regelung unterzogen wird. Wir verfuhrten beim Vermögens- und Betriebsvermögensteuergesetz die vorhandenen Ungleichheiten zu beseitigen. Leider machen die Gemeinden oft von ihrem Rechte keinen Gebrauch. Als dringende Forderung stellen wir auf die

Reinigung der Vermögens- und Betriebsvermögensteuer.

Eine Reihe Gesetzesänderungen betrafen das Beamtenrecht und die Beamtenbesoldung. Durch die Schlichtungskommissionen brachten wir einen demokratischen Zug in diese Materie. Eine Revision der Besoldungsordnung wird dem Landtag beschaffen. Angewöhnt haben wir uns, daß diejenigen Beamten des Staates, die eine arbeitsverantwortliche Stellung im Staate innehaben, auch entsprechend bezahlt werden. Die Stellung der Lehrer müßten wir in vollem Maße; doch kann sich der Parteien nicht auf deren Einreichung in eine bestimmte Gehaltsstufe festlegen. Dadurch, daß wir die Eisenbahnen und die Finanzämter an das Reich abgaben, haben wir nur noch die Hälfte unserer früheren Beamten. Am ganzen sind es etwa 16.000, wovon die Hälfte dem Lehrerstand angehört. An Gesetzen sind auch die Eingemeindungsgesetze und verschiedene Gebühren-gesetze zu nennen. Im kommenden Landtag wird uns vor allem

die Gemeindeförderung.

die den Neuaufbau unserer Gemeinden regeln soll. Im kommenden Besoldungsgesetz müssen wir uns eng an das Reich anschließen. Dies müssen sich auch die Gemeindeförderung merken. Durch das Reichsbesoldungsgesetz wird behauptet werden, daß die Beamten der Städte besser besoldet werden als die Beamten des Staates, wie es bisher vorkam. Den Landtag wird auch beschließen das Gesetz über die

Auflösung der Stamm- und Familienämter

(Fideikommiss). In diesem Gesetz muß vor allem gegen die Befassung dieser Güter Vorsorge getroffen werden — eine Gefahr, auf die der neuerlich in der Presse behandelte Brief eines Stammherrn Anlaß gab. Dieser Brief ist so markant für die „patriotische“ Gesinnung dieser Herren, daß er höchster Beachtung wert ist. Würde die Sache nicht vorzeitig erfüllt worden, so wußte man nicht, welche Stellung die jetzt von ihm Abzählenden eingenommen hätten.

Der Brief des Freiherrn von Mengingen

auf Schloß Mengingen-Baden vom 28. August 1920 an Gen.-Direktor Albert Keller, Neu-York, New York, New York, lautet:

Hochgeehrter Herr! Als ich gestern Herrn Curt Brenner hat, mich mit amerikanischen Geldgebern in Verbindung zu setzen, rief er mir, mich an Sie zu wenden, weil Sie häufig Gelegenheit haben, solche Herren zu sehen. Da ich vor Jahren Sie im Stephani kennen lernte, auch durch den verstorbenen Herrn Brenner viel von Ihnen gehört und Ihren wirtschaftlichen Aufstieg mit lebhaftem Interesse verfolgt habe, so möchte ich mir die Freude, jetzt in Verbindung mit Ihnen zu treten. Ich hoffe, Sie werden aus landsmannschaftlichen Gründen meine Bitte erfüllen. Sie wissen, daß wir in einer schlimmen wirtschaftlichen Lage uns befinden. Die hohen Steuern drohen uns zu erdrücken. Dazu kommt die Inflation, welche

die drohende Sozialisierung

und der Volkseigenismus uns bedrückt. Wir sind daher genötigt, uns nach Sicherheit umzusehen. Der Gedanke, daß amerikanische Hypotheken uns vor Sozialisierung, Verschlagnahme zu schützen, also

eine Art Versicherung

bieten, liegt nahe. Ich bin Präsident einer Vereinigung von größeren und kleineren adeligen Grundbesitzern in Baden, deren Areal 25.000 Hektar im Friedenswerte von etwa 30 Millionen Mark umfaßt. Wir suchen mit den sogenannten Standesherrn, d. h. den Fürsten von Rastenberg, Reiningen etc. und zu verbinden; der Besitz der Herren dürfte den Wert von 100 Millionen übersteigen. Des Weiteren ist geplant, den gesamten Grundbesitz zu organisieren, soweit 20 Hektar und mehr in einer Hand sich befinden.

Meine Bitte geht nun dahin, daß Sie mich mit Finanzleuten in Verbindung bringen, welche geneigt sind, ihr Geld in Hypotheken anzulegen. Beim heutigen Valutastande scheint mir die Anlage für die Dollarvaluta nicht ungunstig zu sein. Vielleicht könnte genehigerefalls von Seiten der amerikanischen Finanzherren hier ein Revolutmächtiger bestellt werden, der zunächst die Verhältnisse prüft.

Indem ich Ihnen, hochgeehrter Herr, im voraus für Ihre Bemühungen danke, bin ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ihr ergebener

Herr v. Mengingen.

So suchen sich die Besitzenden von den Steuern zu drücken. Wichtig ist auch

das Sperrgesetz,

dessen Aufrechterhaltung wir unbedingt verlangen. Wir legen auf dessen Verlängerung den größten Wert. Weiter bedürftig ist das Landwirtschaftskammergesetz und das Gesetz über die Verbraucherkammern. Dann wäre zu nennen das Gewerbesteuergesetz, das die Gewerbetreibenden, bei guter Disziplin, entlasten soll. Zu erwähnen ist dann auch das Mietabgabengesetz, das die Wohnungsnot hervorruft. Der Gedanke ist erwägenswert, die Mieter zu Zwangsrentenvereinen zusammenzuschließen, um hierdurch Mittel für neue Häuser zu bekommen.

Zur allgemeinen politischen Lage

Es zu bemerken, daß im verflohenen Jahre eine Regierungs-umbildung stattfand. Die erste Umbildung fand mit dem Ausscheiden des Ministers Dr. Wirth statt. Wir erkennen dessen Tätigkeit an, wünschen ihm alles Gute im Dienste des Reiches und wünschen nur, daß das Zentrum lauter solche Zentrumsdemokraten hat. Die weitere Umbildung der Regierung ergab sich aus dem Wahlausfall und der notwendigen Staatsvereinfachung. Was für Dr. Wirth gilt, gilt auch für Dr. Saas.

Wir haben alle Veranlassung, den Genossen Weich und Engel zu danken. Der

Genosse Weich

widmete ein Gedächtnis dem Dienste der Partei und des Volkes, und wir haben alle Ursache, ihm einen frohen Lebensabend zu wünschen. Wir sind in unserem Lande darauf angewiesen,

Koalitionspolitik

zu treiben. Koalitionspolitik treiben wir allerdings nur, wenn eine gut republikanische Politik getrieben wird. Gleich dem Unabhängigen Hippmann sind wir der Ansicht, nur dann in einer Koalitionregierung zu gehen, wenn demokratische Politik getrieben wird. Und unsere Politik hat uns Recht gegeben. Nur durch unsere gute Koalitionspolitik war es möglich, den

Kapp-Zug

so rasch zum Scheitern zu bringen. Baden und Württemberg wären es, und zwar die Vertreter aller Koalitionsparteien, die damals der Reichsregierung den Rücken steiften und verhandelt wird. Die Gegenüberstellung von Bayern und Baden zeigt, wie nützlich es ist, daß wir in Baden einen sozialdemokratischen Minister des Innern haben. Denken Sie sich die Kräfte der Emscherwerke, der Oerlitz mit einem reaktionären Innenminister! Wir lassen uns durch alles Geschrei der Reaktion nicht daran hindern, die Verwaltung fortgesetzt zu demokratisieren. Gerade die fortgesetzten Anfeindungen unserer führenden Männer zeigt uns, daß wir auf dem

richtigen Wege

sind (Sehr richtig!). Das ganze Material an dem bedauerlichen Fall Sagenheim beweist, daß Genosse Müldert weder persönlich noch politisch belastet ist. Wenn das Unternehmen scheiterte, so ist daran der mangelnde Gemeininn schuld. Allerdings waren auch verschiedene Mitarbeiter nicht auf der Höhe. Man bekämpft den Genossen Müldert, weil er das soziale Ministerium leitet, das dem Kapitalismus ein Dorn im Auge ist. Vor Freunden wie die „Badische Landeszeitung“ sind die Demokraten. Hierin liegt der nationalliberale Lieberleibsch der Demokraten. Mit dem Zentrum haben wir im Landtag ordentliche Politik treiben können wenn wir auch wissen, was uns treibenschaunungsmäßig trennt. Die nützlich ist, daß wir in der Regierung sind, zeigt sich in jeder Hinsicht. Wir bleiben nur so lange in der Regierung, als demokratische und soziale Politik getrieben wird. Sobald dies nicht mehr der Fall ist, werden wir austreten. Heute oder ist das nicht der Fall. Unsere Aufgabe ist es, unsere Zeit mit

unserem Geist

zu erfüllen. Dies gilt vornehmlich für die Verwaltung, für die Steuern, für die Besoldungen. Die Reaktion arbeitet in Einigkeit und sachtgemäß. Wir sehen mit besser Hoffnung in die Zukunft. Die Landtagsfraktion darf das Vertrauen in die Anerkennung fordern, daß sie eine Arbeit leistet, die dem Lande zum Nutzen gereicht. (Beifall.)

Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Vorsitzender Strobel eröffnet die Mittagspause um 3 Uhr.

Begrüßungen

Im Namen des Ortsvereins Baden-Baden begrüßt Gen. Rath v. Baden den Parteitag. Baden-Baden war bisher der Tagungsort der goldenen Internationale; es freut die Baden-Badener Genossen, den Parteitag der roten Internationale begrüßen zu können.

Dr. Ab. Braun vom Parteivorstand

Es freut mich, daß mich der Parteivorstand nach Baden zum badischen Parteitag entsandt hat. Die badische Partei hat ausgezeichnete Kämpfer dem Sozialismus gegeben. Ich erinnere nur an Felix Ebert und Hermann Müller. Baden Sie nicht, wenn ich sage, daß ich einer der ältesten badischen Parteigenossen bin. Schon seit meiner Studienzeit in Freiburg war ich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Als ich der Genossen Dreßbach, Mannheim und Haag-Freiburg zu gedenken. Die badische Sozialdemokratie hat während des Sozialisten-Gesetzes hervorragendes geleistet. Leider wird das nicht genügend anerkannt. Braun weist darauf hin, welche Rolle die Sozialdemokratische Partei nach dem Umsturz in Baden gespielt hat. Wilhelm Korb und Ludwig Frank waren unser Vorbild. Wir sehen dies an diesem Parteitag, was beide in der badischen Partei zurückgelassen haben. Wir müssen uns klar sein, daß der Kapitalismus heute stärker ist denn je. Die Verfassung hat heute Formen angenommen, die Amerika nicht anders aufzuweisen hat. Dies wäre nicht möglich, wenn wir eine

eine Sozialdemokratie

hätten. Die andere Parteien links von uns sind Tölpel. Sie müssen uns zu diskreditieren bei den Arbeitern. Die Arbeiter müssen alles daran setzen, wo sie mit anderen zusammenkommen für unsere Aufstellungen zu stehen. Wir haben keine Ursache mit ihnen Kompromisse zu schließen. Stolz setzen wir auf unsere Tagung in Kassel zurück. Mit Genugtuung kann die Partei auf ihre Tagung blicken!

Keil-Stuttgart

Der Landesvorstand der württembergischen Partei sendet mich zu Ihrem Parteitag, um die Grüße der württembergischen Genossen zu übermitteln. Die schöne Seite sich gegenseitig zu helfen, ist durch den Krieg unterbrochen worden und konnten nicht mehr die landsmannschaftlichen Beziehungen gepflegt werden. Wir haben keinen Anlaß, unsere besondere süddeutsche Note zu vernachlässigen. Unsere geographische Lage hat uns von jeher auf einander angewiesen; die Gleichartigkeit unserer Kultur nötig uns noch mehr, uns gegenseitig näher zu kommen. Es liegt uns fern, Baden irgendwie in seinen Einflüssen zu beeinträchtigen. Aber das kann ich sagen: In der württembergischen Partei besteht nur eine Meinung, daß unsere

gegenseitige Annäherung

nur Vorteile beiderseits und keine Nachteile bringen wird. Die Kulturaufgaben können von keinem mehr allein, auch finanziell nicht mehr gelöst werden. Es wird eine gewisse Arbeitsteilung eintreten müssen, wobei kulturelle Institute und Aufgaben mit gemeinsamen Mitteln zum Wohle beider Länder gepflegt werden. In den wichtigsten Aufgaben in der Gegenwart gehört die Untermauerung und Festigung der politischen Positionen, die wir uns in den letzten Jahren errungen haben. Diese Positionen sollen uns als Stützpunkt zur weiteren Förderung des großen sozialistischen Zieles dienen.

Profit-Industriellen

Ich möchte daran erinnern, daß ich mit dem Genossen Dreßbach an der Wiege der badisch-pfälzischen Sozialdemokratie stand. Seitdem aus jener Gemeinschaftsarbeit 2 selbständige Organisationskörper entstanden sind, ist das Bedürfnis engerer

Zusammenarbeit bei uns stets lebendig geblieben. Zu keiner Zeit aber hat dieses Bedürfnis mehr Erfüllung verlangt als eben jetzt. Die Zeiten sind andere geworden! Zwar läßt die Sonne noch gerade so über der Pfalz wie früher. Sie vermag aber nicht mehr die alte Fröhlichkeit in den Pfälzer Herzen auszulösen wie ehemals. Mit danger Sorge blicken wir in die Zukunft. Der deutsche Militarismus ist auch bei uns tot; dafür triumphiert aber

der französische Militarismus

umso mehr, der in seiner Agressionen dem deutschen in nichts nachsteht. Ueberausend ist das nicht; denn diese Eigenschaft liegt nun einmal im Wesen eines jeden Militarismus, selbstständig, ob er in preussischen Kommandos oder in der Reichsarmee auftritt. Die Pfalz ist heute ein Stützpunkt für die restlose Erfüllung des Versailler Friedensvertrages und des Abkommens von Spa. Das Damoklesschwert der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit hängt ständig über uns. Die Pfalz ist aber heute auch ein

Gefährter der deutschen Republik.

den die Wellen französischen Einflusses zu unterwühlen drohen. So stehen wir als Pfälzer und dann als Sozialdemokraten auf einem für das gesamte deutsche Volk wichtigen Posten.

In der gemeinsamen Abwehr jener Bestrebungen, die Pfalz von Deutschland loszulassen, haben wir unseren Mann an die Pfalz — und werden es auch in Zukunft so halten! Keine Verfluchung und keine Strafe, und es sind deren nicht wenige, wird uns abhalten, auch für die Zukunft in der Pfalz zu tun. Dank beanspruchen wir hierfür nicht. Nun hat

der Abgeordnete Held,

der Führer des bayerischen Zentrums, im Landtag den Mut besessen, zu erklären, die pfälzische Sozialdemokratie hätte aus parteipolitischen Rücksichten, so wie sie es getan, gehandelt. Es wäre diesbezüglich verständlich wenn wir uns darob entsetzen würden. Die beste Antwort darauf wird aber die sein, wenn wir erklären: „Auch diese Beschränkung des Abgeordneten Held wird uns nicht abhalten, unsere Pflicht zu tun, solche Drecksprüche erreichen nicht einmal unsere Hörsäle!“ Soweit der Pfalz von eigenen Bürgern Gefahr droht, ist dies nicht so schlimm; denn es sind die besten Elemente, die sich zu einem solchen Werte hergeben. Jeder Ankläger wendet sich mit Absicht von solchen schäblichen Elementen. Weit größer ist die Gefahr, die uns zur Zeit von Bayern rechts droht.

Bayern,

d. h. die Regierung, führt ein bayerisches Antragsrecht zu befehlen auf seine Einführung. Die bayerische Politik hat wohl in München erst den Eindruck erweckt, wie die bayerische Einwohner eine tolle Willkür zugestanden. Hat man doch durch die Förderung der Königspartei ernstlich daran gearbeitet, die Einheit unserer deutschen Republik zu gefährden. In nicht mehr verborgener Weise haben sofort unsere Parteigenossen in Nordbayern und wir in der Pfalz den Königsparteilern zu verziehen gegeben, daß bei einer solchen Revolution von rechts Franken und die Pfalz für sie verloren seien. Nun treten in längster Zeit Angelegenheiten deutscher Herkunft, die bayerische Einwohner zum Vorwand nehmen will, das Angebiet zu verletzen und die Pfalz abzulassen. Unsere Genossen von Mannheim haben schon die Tore an der Rheinbrücke geschlossen, die von der uns beherrschenden Macht angebracht worden sind. Nicht um einem archaischen Mangel der Rheinbrücke abzuhelfen, sind sie geschlossen worden, sondern, um sie in einem gegebenen Augenblick zu schließen. Welch

unermessliche Gefahren und Nachteile

diese Schließung für das ganze Bistum und Ausruhen Mannheims und Ludwigshafens, und somit Badens und der Pfalz mit sich bringen würde, wissen wir aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres. Es gibt Kreise in Frankreich, die dahinstreben, was der Friedensvertrag von Versailles Frankreich nicht direkt brachte, auf indirektem Wege zu erreichen. Diesmal ist es die Einwohner, welche das Mittel hierzu abgeben soll. Als im herannahenden Jahr das Kaiser Volk, Baden und damit dem Reich die Treue gehalten hat, kam auch von München das Echo zu uns zurück:

„Treue um Treue!“

Heute sind wir bereits so weit, feststellen zu müssen, daß man in München auf dem besten Wege ist,

die Pfälzer Treue durch bayerische Lüge und Betrug

zu belohnen. Wir haben darob die bayerische Regierung vor dem Forum des deutschen Volkes an, und rufen dieses und seine Reaktionen zur Hilfe auf. Euer Parteitag soll uns Pfälzer die Gelegenheit dazu bieten. In den Augen politischer französischer Offiziere, die heute die Aufgabe haben, die Herzen unserer Bevölkerung friedlich zu erobern, sind wir Mehrheitssozialdemokraten Panzermanikern. Wir verstehen unter Panzermanikern jene deutschen Kreise, denen ihr Vaterland nie groß genug war und die es durch Angliederung von Longwy und Briey und der lombardischen Äpfel nach Westen hin erweitern wollten. In diesen gehören wir nicht. Die französische Weltanschauung verweist aber unter Panzermanikern alle, die für eine

ungestülpte deutsche Republik

entzeten. Zu diesen rechnen wir Pfälzer Sozialdemokraten uns

mit Stolz!

So machen wir auch in dieser trostlosen Zeit wahr, daß Sozialdemokrat, internationaler Sozialdemokrat sein, nicht heißt, sein Vaterland im Stiche lassen, sondern auch in Not und Gefahr zu ihm zu stehen. Alle Verlockungen von Westen her können uns deshalb nicht beirren, wir wollen auch in Zukunft mitgehen an der

Gefundung des deutschen Wirtschaft- und Kulturlebens.

Sie werden deshalb verstehen, wenn ich aus diesen Gesichtspunkten heraus Euch im Namen der Pfälzer Parteigenossen treudeutsche Brüderliche Grüße übermittle, und Euch zu Euren Verhandlungen den besten Erfolg wünsche! (Lebh. Beif.)

Vorsitzender Strobel berichtet die Unterstützung der pfälzischen Genossen.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Gen. Schudach-Heidelberg. Es sind auf dem Parteitag anwesend: 181 Delegierte aus 37 Mitgliedschaften, 8 Mitglieder der Landtagsfraktion, 1 Reichstagsabgeordneter, 3 Parteivorsteher, 8 Mitglieder des Bezirksverbandes, 5 Auszubildende, 4 Mitglieder der Kreisleitungen, 1 Delegation, 2 Gäste: Dr. Braun, Keil und Prof.

Ausprache über den Bericht der Landtagsfraktion

Maier-Geidelberg begründet die Anträge der Landtagsfraktion. Auf dem Parteitag kann das ganze Problem der Arbeitslosigkeit nicht erörtert werden. Die Frage ist aber eine der wichtigsten sowohl vom Menschheitsstandpunkt aus, als von dem der Staatspolitik. Die Annahme stimmt aus, daß das Meer der Arbeitslosen am besten den kommunikativen Bedingungen zum Opfer fällt. Wir müssen praktische Vorschläge machen, wie dem Leibel der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden kann. Deshalb hat die Fraktion die vorliegenden Anträge gestellt. Im Interesse der männlichen Arbeiter ist das vor zu warnen, unter allen Umständen die Frauenarbeit, weil die Frauen gleichberechtigt sind, der Männerarbeit gleichzusetzen. Auf alle Fälle seien hier die Verhältnisse genau zu prüfen. Es muß verhindert werden, daß die Frau zur Lohnverdrängerin wird. Wir verlangen weitgehendste Unterstützung derjenigen Gemeinden, die ihren Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber nachkommen. Land und Reich haben das allergrößte Interesse und die Pflicht, hier zu helfen. Wir sind weiter der Auffassung, daß die unangenehmsten Verhältnisse erst auftreten, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine Verschärfung der Besteuerung beim Einkommensteuergesetz so wie jetzt, hat sich die Arbeitslosigkeit das Einkommensteuergesetz nicht gebildet. Dann ist eine andere Einschätzung der Steuer einzurufen. Die Ausschüsse sind noch nicht gebildet; wir verlangen sofortige Wahl der neuen Schatzungsstellen. Solange dies noch nicht geschehen, verlangen wir eine andere Zusammensetzung der Ausschüsse. In den meisten Orten sind Sozialdemokraten überrepräsentiert noch nicht in einem Schatzungsrat und Arbeiter nur sehr selten. In Gewandvereinskreisen haben wir schon gesehen, daß Frauen mit 30000 A Einkommen nur für 2000 A Steuer zahlen; bei den Grundbesitzern sind die Verhältnisse genau so. Wir verlangen unbedingt Vornahme der Neueinschätzungen. Bezüglich der Besteuerung des Freizeits muß in jedem einzelnen Falle die Wirkung geprüft werden; generell lassen sich hier keine Grundzüge aufstellen.

Oskar Graf-Mannheim spricht zur Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg

Wir haben in der Resolution mit den Dynastien reflexlos aufgetreten, aber die Grenzprobleme haben wir nicht gelöst. Das ist zweifellos eine Unterlassung der Revolution. Heute ist es sicher schwer, dies nachzugeben. Die Gestaltung der Länder ist aber eine reine Zufälligkeit, wirtschaftlich ist sie sinnlos, man braucht nur den Lauf der Grenzen betrachten. Wirtschaftlich ist es schon fertig, was wir erreichen wollen. Baden, Hessen und Württemberg bilden heute schon ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet. Die Grenze zwischen Baden und Württemberg liegt im Schwarzwald mitten durch; wirtschaftlich und wirtschaftlich ergibt das ganz sinnvolle Zustände. Wir können uns den Luxus von zwei getrennten Landesverwaltungen schon aus Sparmaßregeln nicht leisten. Baden ist durch den Versailles Vertrag Grenzland geworden; es hat einen unannehmen Nachbar. Das Land ist in einer Weise zwischen Rhein und Schwarzwald wirtschaftlich zusammengepreßt, daß es sich Luft schaffen muß, was es nur gegen Württemberg tun kann. Auch in den Annullierungsfragen wird Baden zu Württemberg gedrängt. Mit den Vertreibungen, einzelne Bezirke von Baden abzurufen, kommen wir aber nicht weiter, vor solchen Vertreibungen ist zu warnen.

Rumtschel-Freiburg begründet den Antrag Freiburg, der die Annullierung der beim Rapp-Bußsch verurteilten jugendlichen Arbeiter verlangt. In der Entscheidung der Fraktion sollte die allseitige Befreiung der Lohn- und Gehaltsempfänger besser betont werden. Bei der Grundbesitzerschätzung muß unbedingt die Frage der Einschätzung bei Grundbesitzern, die zum Wohnungsbau dienen — Im Interesse der Partei müssen bei der Annahme der Vertreter im Parlament nur die beschlagnahmten Äcker bestimmt werden.

Genossin Haag-Freiburg verlangt, daß die Frauen mehr Gehalt erhalten, mitarbeiten; es wurden schon viele Frauenkassen behandelt, ohne doch man auch die Frauenorganisation gefordert hat. Die Genossin sollen die Frauen aufklären und auch ihre Ansichten hören. Wir müssen uns unsere Gegner zum Vorbild nehmen.

Minister Häkert: Die Verschmelzung von Baden und Württemberg ist eine deutsche Frage. Wenn ein Staat entstehen würde wie Bayern, dann wären die größten Bedenken zu erheben. Vielem, was Gen. Graf gesagt hat, kann zugestimmt werden. Es muß aber geprüft werden, ob man nicht helfen und die bayerische Politik mit heranziehen kann. — Der Bau des unterirdischen Kanals würde ein Unglück für Deutschland bedeuten. Deutschland muß im Verein mit der Schweiz und Holland gegen diesen Plan stimmen. Das Arbeitslosenproblem ist auch ein politisches Problem, nicht nur ein soziales und wirtschaftliches. Man muß den Arbeitslosen helfen durch Schaffung von Arbeit, durch rasches Schaffen eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes und eines Arbeitsbeschaffungsgesetzes. Für Baden sind 7 Millionen eingestellt zur Schaffung der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Die Städte haben außerordentliches geleistet; sie haben so große Opfer gebracht, daß man ihnen nur schwer neue zumuten kann. Bei der Redarfsanfrage werden nächsten einige Hundert Arbeitslose beschäftigt werden; es sind große Meliorationen im Gange. — Es ist nicht damit getan, daß man die Verwaltung demokratisiert, es müssen auch unsere Genossen gute Sozialdemokraten sein. — Wir haben in Baden jetzt etwa 27000 Wohnungslose, 12000 Familien ohne Wohnung. Wir haben bisher rund 150 Millionen Mark aufgebracht; mit dem, was die Gemeinden aufgebracht haben, ist die Summe etwa 1 1/2 Milliarden. Das Reich ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit, auch die Städte. Die Wohnungsnot ist: Baden war der erste Staat, der rationiert hat. Wir müssen aber bauen. Die Mittel können nur auf dem Wege einer Mietabgabe aufgebracht werden; es ist eine Steuer, die die zahlen, die eine Wohnung haben, für die, die keine Wohnung haben. Aber es muß eine Landsteuer sein; es muß eine Zugsteuer sein für die, die große Wohnungen haben.

Eins haben wir aus dem Hause mitgebracht: daß es keinen Zweck hat, nur soziale Gesetze zu machen, nur Verordnungen zu erlassen, sondern, daß wir auch die Menschen haben müssen, die im richtigen Sinne die Gesetze und Verordnungen ausführen. Was nützt das schönste Sozialversicherungsgesetz, wenn wir nicht Menschen haben, die sozialistisch denken. Wir müssen unsere Genossen zum Sozialismus erziehen. Von der Resolution aber, die in besonders Vertrauen für ihn ausgesprochen, bitte er abzugeben, ist genügt das Vertrauen, das der Gesamtheit ausgesprochen wird.

Gen. Maier-Geidelberg begründet, daß das Ministerium in der Wasserreformulierung so energisch eingegriffen hat. Vor einer Mietabgabe sei zu warnen. Dem Gedanken der Verteilung des Staates an der Grundrente sei dagegen mehr Beachtung zu schenken. Die Frage der Besteuerung des Betriebsvermögens sollte landesgesellschaftlich geregelt werden. Die Landesvermögen sollten zusammen in einer Gemeinde, die durch den Krieg unerschüttert schwer zu leiden haben, mit zur Tragung der

Lasten herangezogen werden. Die Besteuerung der Freizeits wirkt sozial ungerecht, wir sollten sie deshalb ablehnen. Die Fraktion muß auch den Vorgängen im Kultusministerium und in der Schule mehr Beachtung schenken. Es ist an den Schulen gar nichts von einem neuzeitlichen Geist zu spüren.

Stad. Geidelberg: Die Fraktion hat eine Arbeit geleistet, die dem Parteitag einen Anlaß zur Kritik gibt; sie hat eine Tätigkeit entwickelt, wie sie kein Parlament Deutschlands aufzuweisen hat. Aber auf dem Gebiet der Schule muß die Fraktion einen größeren Einfluß zu gewinnen suchen. Wenn wir in sozialen und wirtschaftlichen Fragen auch mit dem Zentrum in vielen Dingen übereinstimmen, so müssen wir aber besonders in der Frage der Schule schärfstens die Augen offen halten. Im Kultusministerium regiert das Zentrum mehr als in einem Ministerium, wo der Minister ein Zentrumsmann ist. Weiter begründet Redner den Antrag, der die Volksschullehrer in eine höhere Klasse eingestuft wissen will.

Dreifuß-Brühl erwidert die Fraktion, alles zu tun, damit das Sperrgesetz nicht umgangen wird durch die Zustimmung des Reichsausschusses. Wir haben Genossen in Verwaltungsstellen, die sozialien Geist haben, aber sie können den sozialistischen Geist nicht in die Verwaltung tragen; es sind dies die Bezirksräte, deren Rechte zu beschränken sind.

Graf-Försting begründet den Antrag Försting betr. Vereinigung von Baden und Württemberg. Es kommt für uns in erster Linie die Gesamtverschmelzung der beiden Länder in Betracht. Nur wenn hier Verschmelzung erfolgt würde, würden die Sonderwünsche auf Anlaß des Amtsbereichs Försting vertreten werden. Redner tritt ebenfalls für die Verbesserung der Volksschullehrer ein. Der Parteitag muß erklären, daß er hinter dem Gen. Häkert steht, denn die Debe der Reaktion ist nicht der Partei des Gen. Häkert, sondern lediglich dem Sozialdemokraten. Die Mietabgabe ist abzulehnen. Die Regierung erwidert es den Gemeinden, wenn sie Zugsteuer einführen wollen.

Reinhard-Planitzki schließt die landlichen Steuerverhältnisse. Badenwürttemberg mit 150 000 A und mehr Einkommen besteuert 2000—3000 A. Wir haben in unserer Gemeinde einschließen die Besteuerung der Freizeits beabsichtigt. So wie es in dem einzelnen Dorte ist, ist es in dem ganzen Reiche. Diese Steuerquelle bei den Landwirten muß voll und ganz ausgeschöpft werden; dann kann man der Frage der Freizeits näher treten. Die Mietabgabe wird auf die Mieter zurückfallen.

Es sind wiederum Anträge auf Schluß der Debatte eingelaufen, die nun angenommen werden.

Marum-Karlsruhe erklärt in seinem Schlußwort zu dem Verhandlungsprotokoll wieder noch dem Rapp-Bußsch verurteilten Arbeiter junger Leute, daß diese beiden ohne jeden Anlaß Verbotsurteile waren, so daß kein Anlaß war, diese Leute zu bestrafen. Andere Verhandlungsprotokolle laden nicht vor. (Arbeitslos-Freiburg: Nein, es ist nicht so.) Wenn andere Gesetze vorliegen, so müssen sie beachtet werden. Wenn das Land die Rentenversicherung an sich reformieren würde, so wäre das ein unheimlicher Einbruch in die Rechte der Städte. Bis jetzt hat das Zentrum keinen Einbruch in die Rechte gemacht. Eine reformierte Rentenversicherung für die Eingetragenen der Lehrer in der Rentenversicherung ist unmöglich. Die Antikörper in den Wirtschaften und Wirtschaften werden nicht beachtet. Bezüglich Württemberg und Baden steht die Fraktion auf dem Standpunkt, diese Frage zu führen. Ich nehme einen etwas anderen Standpunkt ein. Viel wichtiger ist mir die Besteuerung der Freizeits zu sein. Es ist nicht die Frage, daß wenn man eine große Wirtschaft haben, das Reich zu schwächen ist, seine Fortschritte durchzuführen. Man will in der Fraktion nicht herantreten. Es freut uns dieses Vertrauen zur Fraktion. Hierdurch zeigt sich, daß die Partei einig ist mit der Fraktion und der Regierung.

Die Abstimmung über die Anträge

Kurz zusammen werden die Anträge 35, die Bevölkerung auf die Bedeutung des Zusammenflusses Baden-Württemberg hinweisen und die geschweherten Vorarbeiten hierzu in Angriff zu nehmen (einstimmige Annahme); 36, die Vereinigung von Baden-Württemberg-Besessenen anzustreben (gegen 1 Stimme); 61, das Sperrgesetz weitgehend durchzuführen; 63, die Sozialisierung der Baukäufe vorzubereiten; 67, die Färberkammer und Bäden aus den Diensträumen zu entfernen; 69, den Gemeinden bei der Verwaltung der staatlichen Damänenländern das Sprechrecht einzuräumen und die Anlage von Kleingärten zu fördern. Als Material werden überwiesen Antrag 59 betr. Maßnahmen in der Leberungszeit; 62 betr. Maßnahmen für das Papier-, Tuch- und Vermittelgewerbe; 63 betr. Vergünstigung der in Freiburg in den Rapp-Bußschtagen Verurteilten. Weiter werden als Material überwiesen die Anträge 46 betr. Anpassung der Schulbücher, öffentlicher Schulen der Ortschulräte und Lernmittelfreiheit; 47 betr. Altersrente; 48 betr. eine sozialere Schulpolitik; 49 betr. Einziehung der Volksschullehrer; 50 betr. Aufhebung der Schulsteuer. Ferner waren bereits zuvor schon als Material überwiesen Antrag 65 betr. Pflichten der Abgeordneten und 66 betr. Verfassung in die staatlichen Versicherungskassen.

Vertrauensstudiegebung für die Fraktion

Gegen eine Stimme wird folgende Resolution angenommen:

Der Parteitag billigt die Tätigkeit der Landtagsfraktion und der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und spricht ihnen sein Vertrauen aus.

Einstimmig angenommen wird folgende Entscheidung:

Der Parteitag erklärt: Das Gesetz vom 9. Oktober 1860 über die

religiöse Erziehung der Kinder

bedarf im wesentlichen nur insofern einer Abänderung, als die Beschränkung der Rechte der Mutter, auf welche das Erziehungsrecht übergegangen ist, aufgehoben ist. Der Parteitag lehnt den Vorschlag des Gesetzentwurfes, welcher jetzt dem Landtag zur Beratung vorliegt, den sogenannten Erziehungsvertrag unter Rechtswang zu stellen, als nicht sittlich ab.

Ferner wird einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

Der Parteitag stellt mit Bedauern fest, daß weder die Steuererhebung,

noch die Art der Steuererhebung dem Grundsatz der Lastenverteilung nach Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Parteitag verlangt deshalb: 1. Eine sozialere Ausgestal-

tung der Steuergesetze, insbesondere auch des Einkommensteuergesetzes.

2. Sofortige Neueinschätzung

aller nicht vom Steuerabzug Betroffenen. Zu diesem Zweck sind unverzüglich die für die Einschätzung der Reichsteuern vorgesehenen Ausschüsse zu wählen. Das badische Landesfinanzamt wird aufgefordert, nach dieser Richtung hin sofort die nötigen Schritte zu unternehmen. Falls die Wahl der gesetzlich vorgeschriebenen Steuerzuschüsse nicht sofort vorgenommen werden kann, sind die bisherigen Schätzungsstellen aufzulösen und im Sinne der Vorschriften für die Steuerzuschüsse neu zu bilden. Für die Neueinschätzung des Vermögens- und Betriebsvermögens sind durch Gesetz oder Verordnung besondere Schätzungsstellen zu bilden, in denen alle Bevölkerungsklassen vertreten sind. Den Gemeindeführern ist die Möglichkeit der beliebigen Erhöhung der Steuerhöhe auf Vermögens- und Betriebsvermögen zu gewähren. Die Besteuerung der Einkommensteuerteile durch die Gemeinden ist liberal dort abzulehnen, wo noch eine anderweitige Deckung des Gemeindehaushalts möglich ist. Rügt sich der Bezug der Einkommensteuerteile nicht umgeben so ist dafür zu sorgen, daß dieser Bezug den örtlichen Verhältnissen entsprechend erfolgt.

Ebenso wird die Resolution angenommen:

Im Interesse einer energischen und durchgreifenden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

fordert der Parteitag: 1. Sofortige Inangriffnahme der im Lande durchführbaren öffentlichen Arbeiten (Redarfsanfrage, Belebung der Bauwirtschaft, Meliorationen, Waldausstodungen zur Gewinnung von Kulturland und dergleichen); 2. Scharfe Kontrolle der privaten, sowie auch der Gemeinde- und Staatsbetriebe nach der Richtung, daß alle freibleibenden Arbeitsplätze jeweils sofort besetzt werden; 3. weitgehendste Unterstützung derjenigen Gemeinden, welche ihre Arbeitslosen mit Hilfsarbeiten beschäftigen; 4. Ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen durch eine längst notwendige Erwerbslosenfürsorge.

Am 17 Uhr vertagt sich der Parteitag auf Sonntag fest 1/2 Uhr.

Die blamierten badischen „Demokratendblätter“

Wer in den letzten Tagen sich die Mühe nahm, die „demokratischen“ Blätter von der „großen“ bis zur „kleinen“ Landeszeitung zu lesen, mußte sich mehr als verwundert über die Entstellung, mit der diese „Republikaner“ über die Hohenzollerischen Vermögensverhältnisse berichten. Statt anzuerkennen, daß sich die Sozialdemokratie ein nationales Verdienst erworben, indem sie zu verhindern sucht, daß durch diese Vermögensverhältnisse der Staat um zahllose Millionen gebracht wird, kritisieren die „demokratischen“ Blätter die sozialdemokratischen Interpellanten in einer geradezu skandalösen Weise. So brachte sie es fertig, die kompromittierten Hohenzollern in Schuld zu nehmen und für deren Vorkrampf, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, welche Worte zu finden; die in Abwertung der Volksinteressen aufstrebende Sozialdemokratie jedoch in den Staub zu gießen. Erfreulicherweise regt sich nun doch, zwar außerhalb Badens eine Stimme der Demokratie, die das merkwürdige vaterländische Pflichtbewußtsein der deutschnationalen Düringer und volksparteilichen Kahl, deren Worte so warmen Widerhall bei den badischen pseudodemokratischen Zeitungen finden, an den Pranger stellt und die Haltung der Sozialdemokratie anerkennt.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt nämlich den badischen Hohenzollernfreunden eine kräftige Bemerkung ins Stammbuch, indem sie sich in einem Leitartikel über die Reichstagsdebatten wie folgt äußert:

Für die sozialdemokratische Interpellation war die Verurteilung sicher nicht gering, die Dinge politisch auszusprechen, und man muß anerkennen, daß die dieser Verurteilung weit weniger erliegen als die Redner der Reichsparteien, deren maßlosen Ausfällen es zugute zu rechnen ist, wenn die Debatte, die zu einer wirksamen Abmilderung der Volksvertretung gegen den durch die Affäre Gruber wieder einmal in seiner ganzen Schamhaftigkeit entfallenden Verfall der öffentlichen Moral hätte werden können, zu einem leeren Parteigezänk wurde. Abgeordnete der Reichsparteien, die zunächst sehr energisch Verwahrung dagegen einlegten, daß man durch sensationelle Aufschaukelung dem geordneten Gang der Unterredung vorzugreifen, waren es, die am meisten gegen diesen Grundtat versuchten, und das Resultat im voraus vorwegnehmen zu dürfen glauben, indem sie, wie der Abg. Düringer, die vorgebrachten Tatsachen einfach als Schwindel und erlogene Behauptungen abzutun versuchten, oder wie der Abg. Kahl es bereits als erwiesen hinstellte, daß es sich, soweit Mitglieder des Hauses Hohenzollern betraf, lediglich um formale Verfehlungen gegen das Kapitalfluchtgesetz handelte. So einfach liegen die Dinge denn doch nicht, denn nach den Feststellungen des Reichsfinanzministers waren es Kapitalbeträge von weit über hundert Millionen Mark, die widerrechtlich ins Ausland verbracht worden sind. Der Abgeordnete Kahl hat sogar von der Verletzung der nationalen Würde gesprochen, deren sich die Interpellanten schuldig gemacht haben sollen. Allerdings, die bedauerlichen Vorgänge, die hier entfalt wurden, sind kaum dazu geeignet, das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt zu haben. Aber es ist doch wohl der Gipfel der Verdröhnungskünste, dafür nicht die wirklich Schuldigen verantwortlich zu machen, die trotz der ungeheuren Anklage, in der das Land sich befindet, sich kein Gewissen daraus machen, sich ihrer elementarsten Verpflichtungen gegen den Staat und die Allgemeinheit durch verbrecherische Wadenschäften zu entziehen, sondern angerechnet diejenigen, die diese Verbrechen aufzudecken bemüht sind. Es war wirklich ein schlechter Dienst, den gestern die Reaktionäre aller Schattierungen Ihrer Sache geleistet haben, als sie gerade diese Gelegenheit benutzten, um für die Monarchie und das Haus Hohenzollern Propaganda zu machen. Sie, die sonst so schnell mit dem Vorwurf vaterländischer Gesinnung zur Hand zu sein pflegen, haben gestern wieder einmal den Beweis geliefert, wie es um ihr eigenes vaterländisches Pflichtbewußtsein bestellt ist. Aber dem Vaterland steht ihnen die Wahrung der eigenen Kleinlichen Interessen.

Ob wohl angesichts ihrer Blamage die badischen „Demokratendblätter“ ihre Haltung revidieren — oder wird sie gar das fälschende Organ der Süddeutschen Demokraten, die „Frankfurter Zeitung“, desabouieren?

Warum sind die Schuhe so teuer?

August Willets Schuhfabrik A.G. in Augsburg berzeichnet, so lesen wir im „Freiburger Boten“ für das Geschäftsjahr 1919/20 einen Reingewinn von 2 980 688 A (gegen 964 607 A im Vorjahre). Nach Abschreibungen von 778 086 A verbleibt ein Gewinn von 1 820 000 A, wovon 20 000 A für Talonsteuer zurückgestellt wurden und 18 Prozent Dividende auf das 10 Millionen Mark betragende Aktienkapital gezahlt werden. Die Firma hat gegen das Vorjahr nahezu das Dreifache verdient und die Abschreibungen vermindert um nicht weniger als 18 Prozent Dividende verteilen zu müssen.

Prozess Prinz

In dem Prozess gegen den künftigen Prinz werden noch immer Zeugen vernommen die etwas von dem angeblichen Mordbefehl gegen Liebtnecht und Rosa Luxemburg wissen wollen. Gesehen hat ihn zwar niemand, auch kann niemand bezeugen, daß irgendein Sozialdemokrat oder ein Mitglied der Regierung etwas von einem Mordbefehl gewußt hätte, aber das Gerücht geht immer weiter. Die Lösung dieses Rätsels ist, daß der „Ragefeldweibel“ von Tyska und der „Leutnant“ Gurgel alte Hochstapler und Schwindler sind, Sonnenfeld Vater und Sohn hingegen alte Diebe und Lügner. Wahrscheinlich ist keiner von den Tieren voll zurechnungsfähig, mindestens Tyska ist ausgesprochen geisteskrank. Die ganze Gesellschaft, die sich da um Prinz und den ehrenwerten Rechtsanwältin Mäbell versammelt, ist Unrat, den der große Sturm der Revolution ans Ufer gemorren hat. Ob man solche Zeugen vereidigt oder nicht, ihre Aussagen sind gänzlich bedeutungslos. In diesem Sinne hat sie auch der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung einstimmig gewertet.

Das Hufeisen „von Gottes Gnaden“

Der „Eberfelder Generalanzeiger“ kann seinen Lesern folgende mehrschütternde Kunde übermitteln:

Gegenüber der Hochzeitsfeier des vormaligen Flügeladjutanten des kaiserlichen Kaisers, Hauptmann v. Himmann, mit der Tochter des Grafen v. Bentinck prangte das Dämonische Amerongen im Hufeisen. Der stürzenden Einigung in der Dorfsitze wohnte der Kaiser nicht bei, wohl war er zur Ziviltrauung in der Schlosskapelle erschienen. Der vormalige Kronprinz schenkte dem ihm befreundeten Herrn Hauptmann v. Himmann ein von ihm in der Biermayer Hufeisenfabrik eigenhändig geschmiedetes und mit seinem Namenszug versehenes Hufeisen.

Nun weiß man doch wenigstens, woher die bei Gruber angelegten Gelder der Kronprinzlichen Familie stammten. Friedrich Wilhelm hat sie als Schmied verdient. (Von dem Manne, den die Kaiserin als Schmied bezeichnet.) Aber wenn er seine Produkte verfertigt, wird er es doch nicht weit bringen. Willst du aber hat er Herrn Hauptmann v. Himmann das Hufeisen als Ersatz für ein verlorenes bedingt?

Deutscher Reichstag

Berlin, 27. November.

Die Besprechung der

Interpellation über den Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin wird fortgesetzt. In Verbindung damit stehen Anträge Malbahn auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung und Müller-Franken zum gleichen Gegenstand. Im Anschluß an den Antrag Malbahn haben die Abg. Schiffer und Gen. einen Antrag eingebracht, die Aufhebung von einer schleunigsten Einbringung der Schlichtungsordnung abhängig zu machen.

Abg. Albrecht (D. Sp.) schildert die durch den Streik hervorgerufenen Notstände in Berlin. Der Magistrat habe eine unergiebige Schwäche bewiesen. Auch die Regierung habe zu lange gesäumt, bis sie endlich eingriff. Der Technische Rat habe gebietet, daß die Arbeiter sich um einen Einzug in einen sozialisierten Betrieb. Das werde ein bezeichnendes Zeugnis auf die Aussichten der Sozialisierung. In wirtschaftlicher Hinsicht verlage der Gemeinnutz. Bis die Schlichtungsordnung fertig ist, darf die Ausnahmeverordnung nicht aufgehoben werden. Eine Anhebung des Koalitionsrechts wie auch des Streikrechts wollen wir nicht. Die Mehrheitssozialdemokraten haben zwar die richtige Einsicht, vermögen aber nicht, sie in die Praxis umzusetzen. Daher glauben sie, wenn sie eine Auseinandersetzung mit der äußersten Linken haben, gleichzeitig auch auf die Rechte loszugehen zu müssen, um es mit keinem zu verderben. Dem Arbeiter selbst wäre eine zielbewusste Politik lieber.

Abg. Malbahn (U. S. Links): Die streikenden Elektrizitätsarbeiter wurden von den Mehrheitssozialdemokraten und den Rechtsunabhängigen im Stich gelassen. Der Streik der Elektrizitätsarbeiter war abgelaufen. Der Schlichtungsrat selbst konnte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter nicht entsprechen. Es wurde noch am 6. November abgestimmt und abends das Ergebnis bekannt gegeben, daß 1800 Arbeiter für den Streik und 90 gegen den Streik gestimmt hätten. Die Arbeiter haben somit den Streik in der gesetzlichen Form begonnen. Mirnebens ist ein Akt von Sabotage vorgekommen. Es sind nur die Keil gelöst und die Maschinen zum Stillstand gebracht worden. Daß keine Fortschritte stattgefunden haben, erbittet schon daraus, daß die Maschinen vier Stunden nach Beendigung des Streiks wieder liefen. Der Streik war ein wirtschaftlicher, die Regierung hat erst einen politischen daraus gemacht. Die

Ausnahmeverordnung ist ein Eingriff in die Koalitionsfreiheit. Hier hätten die Gewerkschaften eingegriffen sollen. Redner protestiert gegen die Mahregulierung der 22 Betriebsräte und erklärt, wenn diese Zwangsmaßnahmen nicht zerrissen werden, dann werde seine Partei die Solidarität der Arbeiterschaft aufrufen. Die Schlichtungsordnung ist ein Zuchthausgefängnis für die Arbeiter. Eines bewundern wir an der Regierung, das ist das Ausmaß der Frechheiten. Verwarnung durch den Präsidenten. Arbeitslose, Gewerkschaften und Betriebsräte werden Hand in Hand den Kampf gegen die Sabotage der Rechte aufnehmen.

Regierungskommissar Künzer weist gegenüber den Behauptungen des Abg. Malbahn auf die großen Leistungen der Regierung hin. Die Leute kamen in völliger Dunkelheit in Kontakt an. Sie konnten keine Auskunft und keine Schlüssel erhalten; auch die Direktion beschuldigte sie. Daher mußten sie die Strafen erdulden. Das war die Pflicht der Koalition. Uebertretungen waren in die Reihen Stangen hineingeworfen. Ist das nicht Sabotage?

Abg. Kaverenz (D. N.): Von der Regierung erwarten wir, daß sie ihren Worten nunmehr auch tatsächlich Folge leistet. Jeder andere Staat hätte Herrn Ehl hinter Schloß und Riegel gesetzt. Jedenfalls darf er einer strengen Strafe entgegensehen, wenn die Sabotageakte nachgemessen werden. Die Schlichtungsordnung muß so schnell wie möglich kommen.

Abg. Weigand (Soz.) polemisiert gegen die Rechte. (Es kommt dabei zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der äußersten Linken, die mehrmals das Eingreifen des Präsidenten erforderlich machen.) Die Mehrheitssozialisten sind im Interesse der streikenden Arbeiter tätig gewesen, ohne daß ihre Bemühungen den erwünschten Erfolg gehabt hätten. Auf der äußersten Linken haben nur die bisher nicht organisierten gewerkschaftlichen Arbeiter. Alle Organisten sind für Ruhe und Ordnung. Eine Gewalttat will sie nicht.

Abg. Wolfes (U. S. Rechts): In der Debatte gegen die Arbeiter steht die ganze bürgerliche Presse zusammen. Das sind Zeichen der Verbitterung. Die in der bürgerlichen Presse verbreiteten Gerüchte vom Massenverbrechen von Säuglingen und über die Behinderung der Ärzte und Krankenwärter sind erlogen und entbehren einem Agitationsmanöver. Minister Künzer hat sich diese Behauptungen zum Teil zu eigen gemacht. Ich fordere ihn auf, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Mit dem Rufe nach Ruhe und Ordnung soll nur ein neues Zwangsrecht gegen die Arbeiterschaft durchgedrückt werden. Aber Einbürgerungsversuche werden vergebens sein. Niemals wird die Arbeiterschaft wieder unter ihre alte Bürde zurückkehren. Die Rede des Ministers mit ihren kraftvollen Tönen rief nach Angemessenheit. Die Forderung und Konjunktur laufen noch immer herum. Hier sind kraftvolle Töne am Platze, nicht aber gegen die Arbeiter. Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über die Anträge soll am Dienstag stattfinden. Mittwoch 1 Uhr: Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Schluß 12 Uhr.

Badische Politik

Der Wiederzusammentritt des Badischen Landtags

Der Badische Landtag nimmt am Donnerstag, 2. Dezember, seine Arbeiten wieder auf. Die Sitzung beginnt nachmittags 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung über die Verlegung des Rechnungsjahres der Reichsverbände, über die Änderung des Dienstreis- und Langzeitlohngesetzes und über das Brennweinmonopol. Ferner die Behandlung der förmlichen Anträge über die Elektrizitätsversorgung, eingebracht von den Abg. Fein (Dem.) und Gen. und Weiskopf (Zentr.) und Gen. Weiterhin enthält die Tagesordnung eine Reihe Gesuche.

Die nationale Würde eines deutschnationalen Abgeordneten

Zum Fall des deutschnationalen Abgeordneten Mager liegen nunmehr einige weitere Stimmen vor, die die Geschäfte dieses Patrioten trefflich beleuchten. Zunächst äußert die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung“, daß auf Herrn Mager auch nicht der Schatten eines Vorwurfs fallen kann. Die Worte des Herrn Mager sind sauber — womit das Stuttgarter Blatt einen Begriff von nationalen Werten entwickelt, der sicherlich in zahlreichen deutschnationalen Kreisen (wie stellt sich z. B. Herr Reichstagsabgeordneter Düringer zu dieser „nationalen“ Auffassung?) nicht geteilt wird. Herr Mager selbst erklärt in einer Zuschrift, die er mit antisemitischen Seitenhieben durchsetzt in der Erwartung, hierdurch die Sache etwas abzulenken zu können, daß im „Heidelberger Tageblatt“ in einem weiteren Artikel nicht mehr in Form beleidigender Parolen gegen ihn gearbeitet werde, sondern behauptet werde, daß er die Entente zu einer gegen die Interessen des Reichs verstoßenden schärferen Interpretation des Versailles Vertrags veranlaßt habe — wonach also Herr Mager ansehnlich sich

noch immer nicht klar sein will, daß seine geschäftliche Gebarung in schärfstem Widerspruch zum nationalen Interesse stehen. Denn sonst müßte er empfinden, daß es eine Beleidigung eines nationalen Mannes (national im guten Sinne des Wortes, nicht als deutschnational) ist, wenn man ihm nachsagen kann, was Herr Mager von sich selbst zugegeben muß, daß er für die berüchtigte Firma Hönnef in Heidelberg mit der Entente den Kauf der Dinglinger Luftschiffhalle samt Anbauten auch dann noch abschloß, nachdem ihm das Reichswirtschaftsministerium erklärte, daß nach dem Vertrag von Versailles nur die Halle, nicht aber die Anbauten der Entente zuzulassen. Ist es nun an sich schon vom nationalen Standpunkt aus mehr als verwerflich, wenn sich deutsche Reichsangehörige statt auf den deutschen Rechtsstandpunkt auf den Rechtsstandpunkt der Entente stellen und damit das Reichsinteresse noch mehr schädigen als wir durch den harten Vertrag von Versailles ohnehin getroffen sind, so fällt eine solche Auffassung für einen deutschnationalen Abgeordneten schon außerhalb der parlamentarischen Ausdrucksmittel angeht. Die schärfste Lehnmethode deutschnationaler Blätter zur nationalen Erziehung unseres Volkes. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt daher zu Magers Ausführungen:

„Das ist eine merkwürdige Auffassung von der nationalen Würde und Ehre, und man kann nur gespannt sein, ob sie auch von seiner Landtagsfraktion geteilt wird. Die weitere Mitteilung des Heidelberger Blattes, daß es sich bei der Aktion des Abg. Mager um das Eintreten für eine Firma handelt, mit der sich zuerst der Staatsanwalt beschäftigt, weil sie in die peinliche Ware der Badischen Seidenspinn- und Webfabrik verwickelt sei, macht die Angelegenheit noch gravieren. Der. Jedenfalls scheint uns in der ganzen Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen zu sein.“

In einem längeren Artikel befaßt sich auch der „Badische Beobachter“ mit dem „Fall Mager“, wobei er u. a. äußert:

„Wenn man die gegen den Abg. Mager erhobenen Vorwürfe unter dem Gesichtspunkt tiefer wirtschaftlicher Depression betrachtet, dann verlieren sie ihre Schärfe. Denn das Geschäft, das Herr Mager vermittelt hat, ging mehr oder weniger auf Kosten des Reichs, wobei sich der Vermittler Mager praktisch nicht auf den Boden der Anschauungen der Reichsregierung stellte, sondern auf den der Auffassung der Entente. Wie wollen zu dem Fall nur eine Frage stellen: Was hätten deutschnationale Blätter und Agitatoren dazu gesagt, wenn das selbe, was hier von einem deutschnationalen Abgeordneten festgestellt wird, etwa dem Zentrumskorrespondenten E. G. v. G. nachgewiesen worden wäre? Diese Frage kann sich jeder selbst beantworten, der es erlebt hat und heute noch erfährt, wie deutschnationale Medien ein Gebot Gottes, noch eine Aufstandsrückficht kennen, wenn es gilt, auf Erbebergs Land zu machen.“

So ist sich die objektive Betrachtung einig in der Beurteilung des Herrn Mager. Wenn einige rechtsgerichtete nationale liberale Blätter demokratischer Aufmachung bis jetzt noch den Fall Mager zu vertuschen suchten, so bewiesen sie damit nur, wie schwer die Reaktion und diejenigen, die im Stillen mit ihr hinhängen durch die Demaskierung eines deutschnationalen Musterpatrioten getroffen wurden. Und die deutschnationalen Landtagsfraktionen? Sie schweigen! Wie lange wird sie noch schweigen können?

Herr Mager auf dem Klagewege

Das „Heidelberger Tageblatt“ teilt mit, daß Rechtsanwalt Leonhard im Auftrage des Herrn Mager und der Firma Hönnef wegen der schweren Beleidigungen im „Heidelberger Tageblatt“ Beleidigungsklage eingereicht habe woraus allerdings nicht hervorgeht, daß Herr Mager sein Tun vom nationalen Standpunkt aus (und hierauf kommt es an) irrendweise zu rechtfertigen vermag. Das Heidelberger Blatt bemerkt dazu, daß es auch auf der Anklagebank nicht die geringsten Spuren über die Aufhebung und Behandlung der Geschäfte des Abg. Mager und der Firma Hönnef entfindet. Ein badisches Gericht mag ruhig feststellen, ob das Verhalten des Abg. Mager einwandfrei ist oder nicht. Was aber die Firma Hönnef angeht, von der der Abg. Mager den Mut hat, zu bestritten, sie sei keine Revolutionsgewinnlerin und Schieberfirma, so bleibt das Wort auch hier durchaus auf seinem Standpunkt. Der Abg. Mager, der bei anderen Leuten ein Spatenbrenn vermutet, mag sich über dem Unterlassungsanspruch des badischen Landtags über die von ihm vertretene Firma erkundigen, wenn er wirklich, was wohl anzunehmen ist, von dem Charakter der Firma noch nichts gemerkt haben soll. Der Prozess wird recht interessant werden. Das „Heidelberger Tageblatt“ will es an Mithilfe zur Klarstellung nicht mangeln lassen.

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

„Ich weiß nicht, was Ihr für Gründe habt, Herr Kanzler“, sagte der Jüngling, indem sein Auge noch immer von Unmut glühte, „die Sachen so auf die Spitze zu stellen, und dem Herrn Herzog zu Wahrsagern zu rufen, die ihn überall — ja ich sage es, die ihn überall als einen Trübsinnigen auszusprechen müssen. Wenn es nur Dienstreifer ist, so habt Ihr diesmal schlecht geendet.“

Der Kanzler schwieg und warf nur einen erimmigen, heftigen Blick aus den grünen Augen auf den jungen Mann. Der Herzog aber stand auf und sprach: „Loh mir mein Kanzlerlein gehen; diesmal freilich war er zu streng. Da — nimm deinen toten Freund mit dir. Gib ihm zu trinken auf die Todesangst, und dann mag er laufen, wofin er will. Und du, Hund von einem Doktor, der du zu schmeicheln zu einem Hundebeloh bist, für dich ist ein württembergischer Galgen noch zu gut. Gehängt wirst du doch noch einmal, ich will mir die Mühe nicht geben. Rausger Peter, nimm diesen Dämonen, hänge ihn rüchelpend auf einen Esel und führe ihn durch die Stadt. Und dann soll man ihn nach China führen — zu den beschweiften Räten, wo er und sein Tier hingehören. Fort mit ihm!“

Die Jüde des Doktor Hofmann, in welchem schon der Tod gesehen war, bekehrte sich auf. Er holte freier Atem und verbante sich tief. Peter, Stobed und der Magdenträger fielen mit grimmiger Freude über ihn her, luden ihn auf ihre dreien Schultern und trugen ihn weg.

Der Ratsschreiber von ihm vergoß Tränen der Rührung und Freude. Er wollte dem Herzog den Mantel lüften, doch dieser wandte sich ab und winkte Georg, den Gelehrten zu entfernen.

5.

„O du es nicht! Du's nicht! Sieh, deine reinen, edlen Jüde wissen noch nichts von deiner unglücklichen Tat. Woß deine Einbildung beledete sie. Die Unschuld will sich nicht vertreiben lassen Aus deiner hocherbildeten Gestalt.“

Schiller.

Der Schreiber des großen Rates schien noch nicht Rastung genug erlaubt zu haben, um auf dem Wege durch die Gänge

und Galerien des Schlosses die vielen Kranen seines Grotters zu beantworten. Er ätzte noch an allen Gliedern, seine Antee wunden, und oft drehte er sich um und schaute mit verwirrten Blicken hinter sich, als fürchte er, den Herzog möchte seine Gnade aehren, und der armenische Name im neuen Mantel möch ihm nachschleichen und ihn plötzlich am Gend packen. Auf Georgs Rimmer angekommen, sank er erschöpft auf einen Stuhl, und es verging noch eine gute Weile, ehe er geordnet zu denken und zu antworten vermochte.

„Gute Nacht, Peter, hat Euch einen schlimmen Streich gespielt“, sagt Georg; „was fällt Euch aber auch ein, in Stuttgart als Volkredner auftreten zu wollen? Wie konntet Ihr überhaupt nur Eure heinische Danksagung, die kränke Fliese der Kränze und die Kränze der holden Beria fließen, um hier den Statthalter zu dienen?“

„Ahl! Sie ist es ja gerade, die mich in den Tod geschickt hat. Beria ist an allem schuld. Ah, daß ich nie einen Mann verlocken hätte! Mit dem ersten Schritte über unsere Marlung fing mir im Rimmer an.“

„Beria hat Euch fortgeschickt“, frante Georg. „Wie, seid Ihr nicht zum Diele Eurer Vermählungen gelangt? Sie hat Euch abgewiesen, und aus Verzweiflung seid Ihr —“

„Gott bekehle! Beria ist so out als meine Braut. Ah, das ist gerade der Schmerz! Wie Nr von Nr abgezogen wart, bekam ich Hände mit Frau Sabina, der Amme. Da endlich sah mich und hielt bei meinem Oheim um das Päschen an. Nun habi Ihr aber dem Mädchen durch Euer freierliches Wesen däng'ig den Kopf verrückt. Sie wolle, ich solle vorher zu Feld stehen und ein Mann werden wie Ihr.“

„Dann wolle sie mich heiraten. Ah, du geredeter Gott!“

„Und da seid Ihr förmlich zu Feld o vonen genen Württemberg? Welche ilne Gedanken das Mädchen hat!“

„Nun zu Feld gezogen: die Strapazen verpasse ich in meinem Leben nicht! Mein alter Johann und ich rüdten mit dem Hundsheer aus. Das war ein Jammer! Mühen oft läßt'ich acht Stunden reiten. Die Reiter kamen in Anordnung, alles wurde bestraft und unaußer, der Kaiser drückte mich wund. Ich hielt es nicht mehr aus, und schens hief kein nach Am, da hat ich um eine Stelle bei der Hofschreiberei, meiste mit eine Säufte und zwei tüchtige Saumtöße dazu, und so ging es da' erträglich.“

„Da wurdet Ihr also zu Feld gezogen, wie der Hund zum Jagen. Helt Ihr auch einem Leffen belohnt?“

„O ja; bei Köbungen kam ich hart ins Gedränge. Keine wanzia Schritte vor mir wurde einer mundot aufschossen. Ich

verpasse den Schweden nicht, und wenn ich adzig Jahre alt werde! Als wir dann das Land völlig besetzt hatten, bekam ich die ehrenvolle Stelle beim Statthalter. Wir lebten ruhig und in Frieden; da kommt auf einmal wieder der unruhige Herr ins Land. Ah, daß ich einmal Kopfe gefolgt und mit dem Bundesobersten nach Würdingen auf den Bundesstag gezogen wäre! Aber ich scheute die beschwerliche Reite.“

„Worum seid Ihr aber nicht mit dem Statthalter dabon gegangen, als wir kamen? Der ist jetzt im Todeben in Eslingen, bis wir ihn weiter jagen.“

„Er hat uns im Stiche gelassen und meinem Kopf alles anvertraut, und beinahe hätte ich mit dem Kopf dafür büßen müssen. Ich dachte nicht, daß die Gefahr so groß sei, sieh mich vom Doktor Calmus verführen, eine Rede ans Volk zu halten, um Württemberg dem Bunde zu retten. Das hätte gewiß Aufsehen gemacht, und Beria wäre noch einmal so freundlich gewesen. Aber die Leute da unten in Württemberg sind Vorbaren und ohne alle Lebensart; sie stehen mich nicht einmal zu Wort kommen, warfen mich betab. Ich behandelte mich ganz gemein und tob. Geht nur meinen Mantel an, wie sie ihn zerrißen haben! Es ist schade dafür, er hat mich vier Goldgulden gelöstet, und Beria behauptete immer, daß mir rosenfarben so gut zu Gesicht steh.“

Georg wußte nicht, ob er über die Torheit des Schreibers lachen, oder es als hohen stützen Gleichmut bewundern sollte, daß er, kaum dem Tode entgangen, sein zerrissenes Mantel ein behauern konnte. Er wollte ihn noch weiter über seine Schicksale befragen, als ihn ein Geräusch vom Vorplatz des Schlosses her anheulend lockte; er sah hinein und winkte schnell Herrn Dietrich herbei, um ihm das Schauspiel gefälliger irdischer Größe zu zeigen.

Der Doktor Calmus hielt seinen Umzug durch die Stadt. Er sah verkehrt auf einem Esel; die Landsknechte hatten ihn wunderbar ausgeschmückt; sie hatten ihm eine spitze Mütze von Leder aufgesetzt, an deren Spitze eine Sabinescher anbracht war. Vor ihm einen drei Trommler, zu seinen Seiten sah man in arabistischen Schritten den Wandeburger und den Wiener, den ehemaligen Hauptmann Wunders und seinen tapfern Obersten gehen, die hin und wieder mit den Enden ihrer Helmeborden den Esel zu hüben Sprinnen antrieben. Ein ungeheurer Volkshaufe umschlingte ihn und warf ihn mit Eiern und Erde.

(Fortsetzung folgt.)

Die Entschädigungen der Tumultschäden. Zur Ausführung des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden hat das Ministerium des Innern folgendes für Baden angeordnet: Für das Gebiet des Landes Baden werden vier Ausschüsse zur Ermittlung von Entschädigungen für die durch innere Unruhen verursachten Schäden gebildet. Die Ausschüsse haben ihren Sitz in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz. Ihr Bezirk umfaßt den entsprechenden Landeskommissariatsbezirk. Der Antrag auf Bestimmung des Schadens, der schriftlich einzureichen ist, kann sowohl bei dem Vorsitzenden des Ausschusses, als auch beim Bezirksamt, in dessen Bezirk das schädigende Ereignis eingetreten ist, gestellt werden.

Errichtung von Finanzämtern. Am 1. Dezember tritt in Bönndorf Reingingen und Oberlich ein Finanzamt der Kreisverwaltung ins Leben. Das Finanzamt Bönndorf übernimmt die Geschäfte des Hauptsteueramts Stühlingen und des Finanzamts Reingingen, ferner die Geschäfte des Hauptsteueramts Stühlingen und des Finanzamts Reingingen, ferner die Geschäfte des Hauptsteueramts Stühlingen und des Finanzamts Reingingen. Das Finanzamt Oberlich übernimmt die Geschäfte des Hauptsteueramts Stühlingen und des Finanzamts Reingingen, ferner die Geschäfte des Hauptsteueramts Stühlingen und des Finanzamts Reingingen.

Ein Protest der Müller. Vor kurzem fand in Madolszell eine Versammlung der Müller aus dem Bezirk von Konstantz, Brühlhofen, Engen, Madolszell, Leberlingen und Westlich unter dem Vorsitz von Anselm Leberlingen statt. Nach einer außerordentlich lebhaften Besprechung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Müller Oberbadens verlangen nach wie vor Befreiung der Mühlenteile und der Mahlschnecke. Von der Durchführung eines Mühlenteils wird zunächst abgesehen, um die Vollstreckung nicht zu gefährden und um die Schwierigkeiten der Regierung nicht zu vermehren. Es wird aber mit Nachdruck erklärt, daß sich das Müllergewerbe für das kommende Wirtschaftsjahr unter gar keinen Umständen mehr der Mühlenteile bedürfen lassen wird. Die Zulassung privater Schrotmühlen ist ein Hoheit auf die ganze Zwangswirtschaft. Die Schließung derselben muß verlangt werden. — Abwarten!

Kampagne gegen die Sozialdemokratie. Aus Leutesheim wird uns geschrieben: In unserem Orte scheint Herr Harrer Bauer seine Sonntagspredigten nur zu dem einen Zweck der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu halten. Alle möglichsten, wahrn und erdichteten Neußerungen von Sozialdemokraten über Kirche und Religion werden von dem Herrn ausgesprochen, um die Gefahr der bösen Sozialdemokratie an die Hand zu legen. So war letzten Sonntag, 21. Nov., der angebliche Ausbruch eines Sozialdemokraten. Der Himmel überlassen wir den Engeln und Engeln. Gegenstand seiner Predigt das Buch und Welttags; er bewies aus diesem Ausdruck der kirchlichen und religionsfeindlichen der Sozialdemokratie. Der Herr Harrer scheint mit der besten Literatur auf recht schlechten Fuß zu stehen, denn sonst müßte er wissen, daß der besagte Ausbruch von Heinrich Heine stammt und zu einer Zeit geschrieben wurde, wo es noch gar keine Sozialdemokraten gab. Dagegen der Herr diese Heine'schen Worte zu lesen, wenden wir uns erst heute an die Leserschaft, denn wir haben nicht länger die Mühe, uns dieses Treiben bieten zu lassen. Erreichten wird ja der Herr mit seiner Heine'schen, denn unsere Partei nicht und geduldet. In einem Jahre liegt unsere Mitgliedszahl von 15 auf 120. Der größte Teil der Einwohner ist aber der Kirche, in der auf solche Art Nachhilfe gegeben wird, fern. Es ist bezeichnend, wenn bei 1000 Einwohnern, die die Gemeinde zählt, ganze 12 männliche und 20 weibliche den Gottesdienst besuchen. Das ist die Wirkung der Bekämpfung Andersdenkender; wer religiöses Empfinden hat, bleibt eben lieber zu Hause. Wir hoffen, daß nunmehr, nachdem wir das Verhalten des Geistlichen auch öffentlich gerügt haben, doch noch bei ihm die Einsicht eintritt, daß er auf Fußboden gehen ist und daß sein Wirken nicht dem Frieden in der Gemeinde dient, wie es auch seines Amtes würdig ist.

Gewerkschaftliches

Die Lehrer und die Gewerkschaften

Zurzeit wird in den Bezirksvereinen des Lehrervereins die Gewerkschaftsfrage eifrig diskutiert. So hielt der Be-

Mein Freund D. hme

Herr Dehne war königlich sächsischer Oberstaatsanwalt und vordem königlich sächsischer Landgerichtsdirektor. Und ich war sozialdemokratischer Zeitungsschreiber. Also standen wir beiden in sehr lebhaften Beziehungen zueinander. Herr Dehne hatte nämlich ein niemals ruhendes Interesse an sozialdemokratischen Zeitungsschreibern und der Bekämpfung des Unmüßigen widmete er alle seine Kräfte. Unter seinem Vorwort erregte die 2. Strafkammer, der er präsierte, solange er Landgerichtsdirektor war, über Sozialdemokraten nicht weniger als 67 Monate Gefängnis und etwa 20 000 M. Geldstrafe. Zwar sollten die Sünden, die eine hohe Gerechtigkeit vor die Schranken fordert, in alphabetischer Ordnung auf die einzelnen Strafkammern verteilt werden, aber über solche bürokratische Schwachsinnigkeiten setzte man sich damals in schönen Sachen hinweg. Vor die Kammer Dehne kommen als Sozialdemokrat, hieß so sicher verurteilt werden, wie das Amen am Ende des Vaterunser folgt. Und Herr Dehne verknüpfte mit Grazie, wobei er immer für Zulagen schwärmte. Es war mit ihm nicht gut kirschen essen. Doch alten Treits im Gerichtssaal müde, beschloß ich, fortan Herrn Dehne einfach als Richter abzugeben. Natürlich war auf Erfolg nicht zu rechnen, aber irgendetwas konnte ich den Kadi. Aus allen in der Zeitung veröffentlichten Verhören, die unter seiner Leitung abgehalten worden waren, trug ich alles zusammen, was die Ablehnung begründen konnte und dreimal, bittend, dreimal innerhalb vierzehn Tagen hielt ich ihm seine Leistungen vor, um ihn als einen, gegenüber Sozialdemokraten besorgenen Richter, hinzustellen. Wem ich habe es büßen müssen, aber die jedesmal sehr ausführlichen Berichte in der Zeitung vertriehen doch "höheren". Das den hochachtbaren Eindruck nicht. Natürlich, ein deutscher Richter ist völlig unabhängig, aber man weiß ja, unter vier Augen kann man auch einträufeln, sogar mit einem deutschen Richter sprechen.

Herr Dehne fiel allerdings die Treppe hinauf — er wurde Oberstaatsanwalt, aber wir waren ihn los. Da hätte es kurz darauf das Gefühl, daß ich in die gleiche Stadt berufen wurde, in der Herr Dehne als Oberstaatsanwalt seines Amtes pflegte. Der Kampf begann von neuem. Und ich hatte er mich: Malefaktbeleidigung. Natürlich sofortige Verhaftung. Herr Dehne war ein köh'ber Sachse. Kaum hatte ich mein neues Regement bezogen, als er mich rufen ließ. Ich bedauere lebhaft, daß Sie verhaftet werden mußten (müßten!), aber ich werde sofort Anweisung geben, daß Sie Streckzettel erhalten und dann können Sie einen Gartenbesuchsantrag schreiben. — Danke verbindlich! Die Liebesmühseligkeit übernahm ich, aber ich machte natürlich

zurückbereit. Karlsruhe am letzten Donnerstag eine Versammlung ab, die sich ausschließlich mit dieser Frage beschäftigte. Es waren zu diesem Zweck zwei Referenten gewonnen worden. Der Leiter der Angehörten Süddeutschlands, Genosse Schneider-Karlruhe, sprach über "Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung", während Oberreferent B. e. e. s. vom Deutschen Eisenbahnerverband über "Die Gewerkschaftsbewegung der Beamten" referierte. Es wurde beschlossen, die Aussprache über die Thematata in einer der nächsten Bezirksversammlungen unter Beisein der beiden Referenten fortzusetzen.

Gemeindepolitik

Kartoffelnot und Wucherpreise

Aus Verghaupten schreibt man uns: Da hier der Bedarf an Kartoffeln bei der einheimischen Landwirtschaft nicht gedeckt werden konnte, bezielten mehrere Arbeiterfamilien beim Vorstand des badischen Bauernvereins ihren Bedarf. Als die Kartoffeln anfangs November eintrafen, stellten es auf einmal Soatartoffeln sein. Dem Aussehen nach sind es aber solche, wie sie der Stad abgibt. Der Preis war bei Anlieferung noch unbillig. Die Bezugsnehmer rechneten mit 2 M. Höchstpreis, mit Zufuhr und Fracht wird der Zentner auf etwa 3 M. zu stehen kommen — so rechnete man. Die Leute haben sich aber schwer verrechnet, denn nun wird bekannt gemacht, daß der Zentner 1 M. kostet, innerhalb 14 Tagen zahlbar, im anderen Falle kommen nochmal 5 Prozent Aufschlag den Zentner hinzu. Wegen dieses fortwährenden Preises herzu mit Recht heftige Empörung bei den Bezugsnehmern, sie wollten es darauf ankommen lassen, ob sie weggehen sind, den Wucherpreis zu bezahlen. Gemeindeglieder und Händler in unserer Umgebung haben doch auch Kartoffeln aus dem badischen Oberland kommen lassen, wobei der Zentner nicht über 8 M. verkauft worden ist. Wie kommt der badische Bauernverein dazu, für seine Kartoffeln, die keineswegs besser sind, als die anderen, einen Preis von 1 M. für den Zentner zu verlangen? Das ist Wucher, aber keine Lebensmittelpflicht. Anführung ist hier dringend notwendig.

in. Urrach, 28. Nov. Die Milchnot in der Stadt Urrach hat einen seit Kriegsbeginn noch nie gekannten Grad erreicht. Während im Sommer für die ca. 15 000 Einwohner tägliche Milch noch immerhin etwa 3000 Liter rationierte Milch täglich angeliefert wurden, ist diese Menge in den letzten Wochen bis auf 1700 und darunter zurückgegangen, womit nicht einmal der Bedarf für Kranke und Kinder gedeckt werden kann. Die Schmelzereien Milch, die hierher kommt, kann wegen des niedrigen Marktpreises meist nur von Krankenverdienern und besser situierten Familien gekauft werden. Das Hauptverlangen nimmt deshalb immer mehr überhand. Die Hauptkraft an der Milchnot wird der allgeringsten Anlieferung der Landwirte. Es ist augenscheinlich, daß nicht nur die Karle- und Klauen- und die Milch. Die Behörden sind eifrig bemüht, der Not durch je möglich geeignet erscheinende Mittel zu steuern. — Von einer Maßnahme der Brangsbewirtschaftung durch sogenannte freie Milchlieferungsvorträge ver spricht man sich hier nichts, da man schon jetzt die denkbar schlechtesten Erfahrungen damit gemacht hat.

Aus dem Verbands der mittleren Städte Badens. Der Ausschuss des Verbandes der mittleren Städte Badens hat zur Erinnerung der Arbeitslosigkeit Stellung genommen und befragt, daß eine solche Abordnung b. vorsteht und das Aufgabengebiet der Kreise festgelegt wird. Da in diesen den Städten eine Mitwirkung bei der Zusammenlegung der Kreisorgane nicht mehr möglich ist, lehnt es der Städteverband ab, das Finanzwesen künftighin auf die Gemeindefinanzen aufzubauen, und empfiehlt, den Kreisen ein eigenes Steuerrecht zu gewähren. Nach Meinung des Städteverbandes hat sich im Ganzen die bestehende Kreisverteilung bewährt. Keinesfalls sollte für große Städte eine Ausnahme in der Kreisverteilung konstituiert werden. Schon wegen der Überbrückung des Grenzgebietes zwischen Stadt und Land muß für das ganze Land eine einheitliche Kreisorganisation geschaffen werden, jedoch auch die großen Städte in den Kreisen zu bleiben. Der Ausschuss des Verbandes der mittleren Städte hat gegen die Erhebung einer Gebühr von 1/2 Proz. des Verkaufspreises der Kohlen durch die tabakische Landespostanstalt Einspruch erhoben. — Zur 5. hiesigen Sitzung der Gemeindegremien sollen Vorbereitung- und Fortbildungskurse nach Möglichkeit in den größeren Städten einberufen werden. Als wünschenswert bezeichnet der Städteverband die Durchführung von Landesprüfungen.

Soziale Rundschau

Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit

In einem amtlichen Artikel weist die "Karlsruher Zeitung" darauf hin, daß bei Arbeitsüberlastung die Arbeit in den Fabriken nicht durch die Ausschöpfung der Arbeitskraft, sondern durch Einstellung von Erwerbslosen zu bewältigen ist. Der Arbeitsmarkt ist einzufüllen. Ausnahmen sind lediglich für vor-

übergehende Arbeiten, die in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen, zulässig. Für Angehörige sind Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbs von Waren im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen, zugelassen. Außerdem ist an 20 Tagen im Jahre eine tägliche Beschäftigung bis zu 10 Stunden gestattet. Für jede weitere Ausnahme ist Genehmigung des Demobilisierungskommissars erforderlich, die nur erteilt werden kann, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt.

Die Leipziger Messe als Arbeitgeberin. Vor vier Jahren hat die Handelskammer Leipzig berechnet, daß über 500 000 Angestellte und Arbeiter mittelbar mit ihrem Einkommen und Verdienst von der Leipziger Messermesse abhängig waren. Der damaligen Berechnung waren 3500 Aussteller zugrunde gelegt; heute ist die Zahl auf rund 15 000 gestiegen und damit haben sich die eben genannten Ziffern etwa vervierfacht. Es ist also ein Heer von etwa 2 Millionen Arbeitern und Angestellten, das von der Leipziger Messermesse immer von neuem Brot und Lohn erwartet. Jede Erhöhung des Reichszuschusses für die Leipziger Messermesse ist daher als ausgeprägter Erwerbslostenfürsorge zu betrachten.

Aus dem Lande

Freiburg, 28. Nov. Der Stadtrat hat beschlossen, die Fahrpreise für die Städtische Straßenbahn von 60 Pfg. für eine Fahrt auf 80 Pfg. zu erhöhen. Auch die Preise für Wochenkarten usw. erfahren eine entsprechende Erhöhung.

Freiburg i. Br., 2. Nov. Das völlige Ausbleiben jeden Niederschlags in den letzten Wochen hatte in dem südbadischen Schwarzwald eine fast unerträgliche Trockenheit zur Folge. Flüsse und Bäche sind größtenteils vertrocknet. Der Oberrhein führt ein nur wenig Meter breites Flußbett. Der Wasserstand beträgt noch nicht 20 Zentimeter. Die Getreidelagererzeugung ist vielfach unterbrochen. Viele Fabrikbetriebe liegen still, namentlich im Berggebiet, wo die Textilindustrie nur in ganz beschränktem Maße ihre Betriebe aufrechterhalten kann.

Krossingen, 27. Nov. Gestern Abend ist im Sägemühl Himmelsbach das Quersägemühl abgebrannt. In der Nähe des Brandes beteiligten sich die Krossinger und die Fabrikfeuerwehr, die ein Lieberbringen des Feuers verhindern konnten. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wiesloch, 27. Nov. (Am Schoppsheim.) Ein Feuer vernichtete die Scheuer des Landwirts Bauer mit allen Futtermitteln und Strohvorräten. Das Vieh konnte gerettet werden bis auf ein Buchschwein. Ein Lieberbringen des Feuers auf die anderen Gebäude konnte verhindert werden.

Freiburg, 28. Nov. Zu dem Großfeuer, dem zahlreiche Wohnhäuser mit Nebengebäuden zum Opfer fielen, wird berichtet, daß ungefähr 20 Familien mit rund 70 Köpfen obdachlos geworden sind, was angesichts des Winters sehr bedauerlich ist. Der Schaden ist sehr groß. Das Kloster Weuron hat für die Abgebrannten 10 000 M. gespendet.

Urrach, 28. Nov. In Ergänzung unserer Meldung über die Erleichterungen des Luftpostdienstes Frankfurt—Urrach sei noch folgendes mitgeteilt: Seit dem 11. November sind erst 8 Flugzeuge im Urrach angekommen. Das erste kam am Sonntag, 14. November, ziemlich pünktlich an und wurde von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden feierlich empfangen. Mit einiger Verspätung ist das Flugzeug an den beiden folgenden Tagen eingetroffen, dann hoch der Flugpostbetrieb wieder pünktlich. Am 17. und 18. November ist das Flugzeug ausgeblieben, ebenso am 20. und 21. November. Und erst am 23. November zeigte es sich wieder. Vom 1. Dezember an soll mittels des neuesten Flugzeugs ein täglicher Verkehr gewährleistet werden.

Heidelberg, 27. Nov. Am 26. Nov. vorm. verzeichnete der Erdbebenapparat der Sternwarte ein ziemlich heftiges Erdbeben, das um 9 Uhr 35 Min. 32 Sek. begann. Der zweite Einschlag erfolgte um 9 Uhr 45 Min. 32 Sek., die langen Wellen kamen um 9 Uhr 47 Min., das Maximum um 9 Uhr 55 Min. Die Bewegung dauerte bis 10.30 Uhr. Die Entfernung des Bebens dürfte 1200 Kilometer betragen haben.

Leuda, 27. Nov. Beim Sprengen von Erzmasse wurde der in Gerlachheim wohnhafte 18 Jahre alte Franz Dieber durch einen Stein so unglücklich getroffen, daß er einen Oberarmbruch und mehrere Rippenbrüche erlitt. Der Tod trat etwa eine Viertelstunde nach dem Unfall ein.

Der niedere Wasserstand. Durch plötzlichen Niedergang des Rheines ist der Straßburger Hafen vollständig isoliert; der Wasserstand ist unter 1,20 Meter, seit dem 13. Nov. sind sämtliche nach Straßburg bestimmten Schiffe in Mannheim blockiert. Besorglich sind die Verbindungen mit Saarbrücken unterbrochen, da der Rhein-Rhône-Kanal Wassermangel hat.

vor ihnen; vor einem Herrn und einer Dame, die in jämmerlicher Verfassung dasahen: mein Freund Dehne mit einer Dame. Die ganze sonst so gelassene und zur Schau getragene Würde war futsch, der Herr öffnete die Anklage stöhnend und die Dame zitterte am ganzen Leibe. Ohne genügende Unterstützung und ohne genau des Tages Kunde zu sein, hatte er den Aufstieg unternommen, war vom Leiter überfallen worden und hatte sich, da ja selbst ein Unglück allein kommt, dem unbefähigten Treit den einen Fuß verstaucht, so daß er einfach nicht mehr weiter zu gehen vermochte.

Er hat mich um Hilfe, der Herr Oberstaatsanwalt und meinte: "Nicht wahr, hier im Gebirge gibt es doch unter den Touristen eine stets hilfsbereite Solidarität!" — "Solidarität, Herr Oberstaatsanwalt! Das klingt ja beinahe so lauslich!" Zunächst hielt ich ihm eine leichte Stabpauke, wie jemand nur so verückt sein kann, ohne genügende Unterstützung und ohne mit dem Geirge vertraut zu sein, dazu noch mit einer Dame, eine solche Tour zu unternehmen. Was nun? Da der Hüter des Gefeches an einer völlig ungeschützten Stelle saß, mußte er zunächst an eine etwas bessere gebracht werden. 100 Meter weit habe ich ihn dann getragen, ihn bis zu der etwa dreiviertelstunden entfernten Blatthütte zu schleppen, war höchlich unüblich. Die jämmerlich stöhnende Dame nahm ich mir zur Blatthütte, um von dort aus, wenn zufällig Touristen oder Führer da sein sollten, den Herrn Oberstaatsanwalt zu holen. Freilich, meinen wasserdrichten Mantel mußte ich ihm wohl über übel drehen, der arme Kerl wäre ja sonst ganz erstorben.

Auf der Blatthütte hatten wir Glück; in Begleitung von zwei zufällig anwesenden Führern holten wir Freund Dehne. Als wir ihn unten mit ein paar heißen Grosgras wieder aufgetaut hatten und er immer wieder seine Dankbarkeit versicherte, konnte ich mich doch nicht enthalten zu antworten: "Aber, Herr Oberstaatsanwalt! Wenn ich nun nach Ihrem Willen fünf Jahre aufgebunden erhalten hätte, wäre ich vermutlich damals gleich verhaftet worden und Sie hätten die Nacht über dort oben." Er schnitt ein bitteres Gesicht, der Herr Oberstaatsanwalt. Als wir zwei Tage später in seinem Zimmer saßen — er ließ nicht nach, bis ich ihm diesen Gefallen erweise — tauschten wir Erinnerungen an die Kampfzeit im fernem Sachsenlande aus. Da nahm er mir das Verprechen ab, nicht über die Begegnung im Hochgebirge zu schreiben. Er fürchtete sich doch vor dem Spott der Mitbürger. Nun hat er das Geilliche geschrieben, mein Freund Dehne. Wir sind unter Viele, die gelegentlich seiner Gedanken aus der Zeit in Sachsen, wo man mit Nachforschern, Staatsanwälten und Postboten die Sozialdemokratie niedergebungen sollte. Tsegrim.

Tarifserhöhung der Karlsruher Städtischen Straßenbahn

Dem Deutschen Transportarbeiterverband wird uns folgendes geschrieben:

Sehr oft kann man hören, daß nur die hohen Löhne der Arbeiter und Beamten die Ursache sind, daß die Straßenbahn ein Defizit aufweist und infolgedessen immer wieder die Fahrpreise erhöht werden müssen.

Genau wie bei der Staatsbahn und den Lokalbahn verjucht man auch hier, alle Schuld auf die Begehrtheit der Arbeiter und Beamten abzuwälzen. Aber auch der Abschubentag muß herhalten, um gewisse Kräfte der Bevölkerung gegen die in Frage kommenden jüdi. Arbeiter und Beamten aufzu-zwingen.

Diese Art und Weise, nach dem Sündenbock zu suchen, ist natürlich sehr bequem, erfordert keinerlei Gedankenarbeit, er-cieid aber den Zweck, die Bürger und andere Steuerzahler gegen die Arbeiter und Beamten aufzufressen. Obwohl wir uns darüber klar sind, für viele nichts neues zu sagen, wollen wir an-gesichts der bevorstehenden Fahrpreiserhöhung doch versuchen, der Allgemeinheit durch einige Beispiele und Zahlen nachzuweisen, daß die Ursachen dieser Maßnahme auf ganz anderem Gebiete zu suchen sind, als allgemein angenommen wird.

Vor dem Kriege betrug z. B. der Jahreslohn eines Schaff-ners oder Wagenführers je nach Dienstjahre 1400 bis 2200 M. Heute erhält ein Schaffner oder Wagenführer laut Besoldungs-ordnung 11 280 bis 14 850 M. In beiden Fällen wird das angeführte Höchstgehalt nach 16 Dienstjahren erreicht. Das be-deutet also, daß Monatslöhne von 940 bis 1237,50 M. ausbezahlt werden. Oder besser gesagt, die Löhne sind um das 8 bis 10fache gestiegen. Kein vernünftiger Mensch wird nun behaupten wollen, daß bei den heutigen Steuerungsverhältnissen die Löhne zu hoch sind, es wird im Gegenteil jedermann der Ansicht sein, daß auch bei der größten Anpruchslosigkeit es fast unmöglich er-scheint, mit den angeführten Löhnen auszukommen, auch wenn man bei den Verheirateten die vereinbarte Kinderzulage in Rech-nung stellt.

Wir wollen nun die Materialpreise folgen lassen. Diese betragen:

	1914	1. Viertel	Aufschlag
		Jahr 1920	in %
Schienen pro Tonne	125.-	3000.-	2500 %
Strom pro Ampf.	0.45	1.50	330 %
Kohlen pro Tonne	16.50	80.-	480 %
Kupferdraht pro Kg.	1.57	32.-	2000 %
Eisen pro Kg.	0.15	6.-	4000 %
Werkstoffe pro Kg.	0.15	3.50	2330 %
Eisenholz pro Kubm.	180.-	2000.-	1150 %
Tannenholz pro Kubm.	63.50	550.-	760 %
Karben pro Kg.	0.75	80.-	1000 %
Lad pro Kg.	3.-	48.-	1500 %
Kassenscheine pro Kg.	8.-	9.50	2814 %

Wie aus der Tabelle ersichtlich, sind die prozentualen Ver-teuerungen nur für das 1. Vierteljahr 1920 maßgebend. Wir be-haupten sicher nicht unzulässig, wenn die Verteuerung der angeführ-ten Artikel noch weitere gewaltige Fortschritte gemacht hat. Technisch verhält es sich mit dem Papier (Zahnpapier), Gummi, Glas usw. Während also die Löhne und Gehälter um das 6 bis 10fache gestiegen sind, bewegt sich die Verteuerung für die un-entbehrlichen, wichtigen Rohmaterialien zwischen 1200 und 4000 Prozent, ohne daß die weiter erhöhten Preise nach dem 1. April 1920 eingestuft sind.

Wie verhält es sich nun mit den Fahrpreisen. Im Jahre 1914 betrug die Lage für 3 Teilstrecken 10 J., heute für 5 Teilstrecken 50 J. Der Fahrpreis ist also um 400 bis 500 Prozent erhöht worden, während die Betriebsausgaben um durchschnittlich 1500 bis 2500 Prozent gestiegen sind. Die Tatsache darf bei Prüfung der ganzen Frage nicht außer acht gelassen werden.

Wenn die Straßenbahn dem Zuschußbetrieb werden soll, und das will sicher niemand in der ganzen Stadt, dann muß man eben die Einnahmen in ein gesundes Verhältnis zu den Betriebsausgaben bringen. Die technische Seite der notwendig werden-den Tarifserhöhung zu erörtern, ist nicht unsere Aufgabe, das überlassen wir dem Parlament und dem Stadtmagistratskolle-gium. Das eine müßten wir aber sagen, eine weitere Betriebs-einschränkung vorzunehmen, wäre so ziemlich das Dämmehe, was gemacht werden könnte. Die Ausgaben würden sich nicht wesent-lich verringern, während die Einnahmen ganz bestimmt gewaltig zurückgehen würden.

Auf etwas möchten wir noch hinweisen. Während des Krieges wurden Schienen und Ausrüstungsgüter verkauft. Heute ist es fast unmöglich, die für den Ausbau des Bahnnetzes notwen-digen Schienen anzuschaffen und auch die Ausrüstungsgüter mühen sich um unerwünscht hohen Preisen wieder gekauft werden. Allerdings konnten damals die zuständigen Stellen nicht wissen, daß der Krieg verloren geht und daß das Kapital nachher über-haupt für das Rohmaterial verlangen könnte. Eine weitere Tarifserhöhung darf auch nicht unerwähnt bleiben. Die durchgehende Arbeitszeit, die fast in allen Betrieben eingeführt ist, macht es un-nötig, daß der Angestellte und Arbeiter die Straßenbahn mehr-als zweimal täglich benützt. Auch das bedeutet ein Einnahmeverlust, damit soll aber nicht gesagt werden, daß an der durch-gehenden Arbeitszeit gerüttelt werden soll. Die Tarifserhöhungen werden genügen, um zu veranlassen, daß die Defizitträger der Straßenbahn nach allen Seiten hin geprüft wird und daß end-lich einmal das die Defizitträger über die hohe Bezahlung der Ar-beiter und Beamten aufhört.

Wenn wir uns nach anderen Städten umsehen, dann kann überall die gleiche Erscheinung im Verh. hervorgehoben konstatiert werden. Eine Forderung muß unter allen Umständen erzielt werden, diese darf aber nicht auf Kosten der im Betriebe beschäf-tigten Arbeiter und Beamten erfolgen. Die Lage derselben ist so wie so schon schwierig genug. Die oben angeführten Zahlen beweisen das zur Genüge.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 29. November.

Karlsruher Parteinachrichten

Die Berichterstattung vom badischen Parteitag findet am Mittwoch, 1. Dezember, abends 7 Uhr, in fol-genden Lokalen statt:

- Altstadt: Restauration zur „Schrummel“, Durlacherstraße.
- Neustadt: Rest. zum „Scheffelhof“, Ludwig-Wilhelmstraße.
- Südstadt: Restauration zum „Auerhahn“, Schützenstraße.
- Mittel-Südweststadt: Rest. zur „Gold. Krone“, Amalienstr.
- Weststadt: Rest. zum „Württembergischer Hof“, Goethestraße.
- Nordstadt: Restauration zum „Schwanen“.

In diesen Versammlungen werden sprechen: Die Ge-nossinnen Müller und Fischer, die Genossen Dr. Diez, Bortler, Veeg Lang, Kunge, Wörner, Schöpflin und Schwerdt. Die Genossinnen und Genossen werden dringend erjucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen. Diejenigen Vororte, die bis jetzt weder den Tag noch das Lokal zur Berichterstattung angezeigt haben, werden hiermit aufgefordert, dies unverzüglich beim Vor-sitzenden Genossen Schwerdt, Wilhelmstraße 76, zu tun.

Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei. Die Genossen und Genossinnen seien nochmals auf die heute abend 6 Uhr im Büro von Gen. Dr. Kullmann stattfindende Sitzung hingewiesen; vollständiges Erscheinen ist erwünscht.

Bereinigte Jugend. Morgen, Dienstag abend 8 Uhr findet im Lokal zur „Samtrinsballe“ eine Vorstand-sitzung sowie eine Sitzung der neugegründeten Agitationskommission statt, in der sich dieselbe konstituiert. Da in der Sitzung die Programme zur Schulentlassungsfeier ausgegeben werden, ist es dringend nötig, daß sämtliche Vorstandsmit-glieder, die Kassierer und Unterassistenten, erscheinen. — Für die weiblichen Mitglieder findet der allwöchentliche Kaffertanz unter Leitung von Genossin Schwerdt ab 7 Uhr im Sanarbeits-saale der Hebelstraße statt.

Es wird nichts verbieten!

So jammern die Industriellen immerfort und schimpfen über die angebliche „Begehrtheit“ und die „hohen Löhne“ der Arbeiter und Beamten und den Abschubentag, der die Indu-strie vollends lahm mache. Daß dem nicht so ist, beweist wieder der Rechnungsabschluss der Maschinenfabrik Sedold in Dur-lach, worüber das N.N. folgendes meldet: Die General-versammlung der Badischen Maschinenfabrik und Eisen-gießerei vorm. O. Sedold und Sedold u. Reiff, Durlach, vom 26. November d. J., genehmigte den Abschluß und die Verteilung einer Dividende von 20 Prozent auf die Stamm-aktien. — Herr Vorstand Franz Blumenfeld, Karlsruher wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Sodann beschloß die Generalversammlung einstimmig die Erhöhung des Grund-kapitals durch Neuausgabe von 3 500 000 M. Stammaktien. Die Aktien wurden durch ein unter Führung des Bankhauses Veit & Gomburger-Karlsruhe stehendes Konjunktionsorgan, durch das demnächst ein Bezugsrecht in der Weise angeboten werden wird, daß auf je eine alte Stammaktie eine neue Stammaktie zum Kurse von 120 Prozent bezogen werden kann.

Allgemeine Erhöhung des Straßenbahntarifs

Der Stadtrat hat unterm 11. ds. Mts. infolge eines größ-eren Defizits bei der Städt. Straßenbahn beschlossen, den Straßen-bahntarif ab 1. Dezember d. J. in der Weise zu ändern, daß bei den Fahrkarten die Zahl der Einlageeinscheine um je 1 Stück vermindert wird, die Monatskarten um ein mögliches erhöht werden und im Abendverkehr ein 100prozentiger Zuschlag erhoben werden soll. Man glaubte von einer allgemeinen Tarif-erhöhung abzusehen zu können. Seit jenem Beschlusse hat sich die Lage insofern geändert, als sich zeigte, daß der im Gesamt-haushalt der Stadt sich ergebende Defizitbetrag noch me-nigstens höher angenommen werden muß, als bisher ange-nommen worden war. Der Stadtrat hat deshalb seinen ein-gangs erwähnten Beschluß geändert, er hat beantragt anstelle der obigen Verringerungen beim Bürgerausfluß die sofortige, den unermittelbaren Mehrausgaben eher gerechtfertigende, all-gemeine Erhöhung des Tarifs (ausgenommen Schülerkarten).

Es sollen ab 1. Dezember d. J. gelten: Einzelfahr-karte bis 5 Teilstrecken 70 J., über 5 Teilstrecken 1 M., Fahrkarte bis 2 Teilstrecken 7 M. (15 Einlageeinscheine), bis 5 Teilstrecken 7 M. (12 Einlageeinscheine), über 5 Teilstrecken 7 M. (8 Einlageeinscheine), Monatskarten: bis 3 Teilstrecken 40 M., bis 6 Teilstrecken 60 M., bis 9 Teilstrecken 80 M., ganzes Netz 100 M., Zwickelkarten zu 50 Fahrten für Arbeitsbedürftige 12 M., die die Stadt 18 M.). Bei Bestellung von Sonderwagen werden für 1 Streifenkarte 10 M. mindestens jedoch für 1 Wag. 40 M. berechnet; bei Nachbestellung 100 Prozent Zuschlag. Auch mit den so erhöhten Sätzen bleibt die Straßen-bahn Karlsruhe hinter den Fahrpreisen in anderen Städten noch weitestlich zurück.

Die Ausstellung der Naturfreunde im „Löwenrathen“, die für jeden Wanderer außerordentlich interessant ist, wird heute abend 8 Uhr geschlossen. Welche sich daher jeder, die Aus-stellung zu besichtigen.

m. Bestfallsausstellung. Der Badische Verein für Geflügel-zucht veranstaltete am 27. und 28. November in der Ausstel-lungshalle in Karlsruhe eine Ausstellung von Geflügel der verschiedensten Rassen und Arten, welche jeweils stark vertreten waren. Eine Einzelbesprechung würde jedoch zu weit führen, es soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß der Fleiß der Züchter genannten Vereins in den schönen Tieren, die sie zur Aus-stellung brachten, vollumfänglich zum Ausdruck kam. Bezüglich des Arrangements der Ausstellung kann nur gesagt werden, daß das Ausstellungslokal unter Leitung von Herrn Verwalter Langenstern weder Mühe noch Opfer scheute, um die äußerlich gaheltest erschienenen Besucher zufriedenzustellen, welche auch sicher auf ihre Rechnung gekommen sein dürften. Möge der Verein auch weiterhin mit Erfolg seine Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit entfalten.

Festbescheid vom 29. Nov. Unfall. Im Straßenbahndepo-tier fiel einem Tagelöhner ein Wagenrad eines Eisenbahn-wagens, der entlassen wurde, auf den Rücken. Der Mann trag einen Weidenkorb und mußte ins städtische Krankenhaus verbracht werden. — Lebensrettung. Am Samstag nachmittag brach ein jähriges Mädchen beim Zusammen auf dem Lise bei der Schluß in Grünwinkel ein und geriet unter die Eisdecke. Auf die Hilfe der Kinder eilte ein Versicherungsbeamter herbei, sprang in die hochgebaute Eis- und rettete das Kind. — Ammerbrand. In einem Hause der Argentinstraße entstand am Samstag abend in der im 5. Stock gelegenen Küche eines Zi-garrenmachers auf unangefandter Weise Feuer, durch welches dort lagernder Tabak im Werte von etwa 1100 M. zerstört wurde. Der Brand konnte von den Hausbewohnern gelöscht werden.

Jahreskonzert. Wir wollen nicht verfehlen, auf den heute abend 7 1/2 Uhr im großen Festsaal stattfindenden Ariens- und Lieberabend des Herrn Kammerfänger Hermann Jahrmöller hinzuweisen. Wir wünschen dem Konzert ein gut besuchtes Haus. Karten sind noch erhältlich in der Musikalien-handlung Frey Müller und an der Abendkasse.

Kriegervorlesen und Weihnachtsgesellschaft. Wir verweisen auf die im Anzeigenteil befindliche Aufforderung der Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsbundes der Kriegsbefehlshabenden, Kriegs-teilnehmer und Kriegshinterbliebenen, an die der Organisation angehörenden Kriegervorleser, worin dieselben aufgefordert werden, soweit dies noch nicht erfolgt, unverzüglich ihre Kinder zur Kriegervorleserbesetzung bei der Geschäftsstelle Karlsruhe, Reichheimer Allee 10, nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr, an-melden. Nach dem 4. Dezember eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Selene-Suter-Motet, eine der herborragendsten Konzert-sängerinnen der Schweiz, wird in Gemeinschaft mit dem Piar-isten Professor A. Carati Dienstag, den 30. November im Eintrachtssaale einen Lieberabend geben. Diese treffliche Ar-tistin hat kürzlich in München große Erfolge errungen, die Auf-treten in Karlsruhe bedeutet bei den wenigen Lieberabenden, die bisher gegeben wurden, eine Bereicherung des Musiklebens. Karten bei Kurt Neufeldt.

Deutschlands Zukunft

Die auf Sonntag vormittag in den Colosseumsaal von der Sozialdem. Partei einberufene öffentliche Volksversammlung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die-se. Trotz der Kälte, die viele von dem Besuch abgehalten haben dürfte, war derselbe ein recht guter, der Saal war voll auf besetzt.

Der Leiter der Versammlung, Gen. Wesler, wies bei Er-öffnung derselben auf die Bedeutung des 28. November, dem hundertsten Geburtstag unseres Volkshelden Friedrich Engels hin, dessen An denken die Anwesenden durch Erheben von den Sätzen ehrten.

Darauf ergriff der Referent, Parteivorstandsmitglied Gen. Dr. Adolf Braun-Verlin, das Wort zu seinem Vortrage über „Deutschlands Zukunft“. Einleitend gebot er auf die hundertsten Geburtstag unseres unbegreiflichen H. Engels, sowie unserer Volkshelden K. Marx, F. Lassalle, W. Liebknecht, A. Bebel usw. Wenn auch heute die Volkswirtschaft und ihr deutscher Anhang Engels und Marx als ihre Vorbild-bezeichner, so irren sie sich ganz gewaltig. Was sie als Beweiskründe dafür vorbringen, sind solche aus der Frühzeit dieser Kämpfer, wo sie noch nicht zur vollen Reife gelangt sind. Am fertigen Engels und Marx knüpfen sie nicht an, denn nur wir, die sozialdem. Partei, sind die Träger ihrer Werke.

Sodann streifte Redner noch kurz den badischen Par-teitag in Baden-Baden, der den allerbesten Eindruck auf ihn gemacht habe. Dieser sei nicht nur ein glänzender Beweis für die bisherige Arbeit, sondern stelle einen lohnungsvollen Ausgangspunkt für das fernere Wirken im Interesse des Pro-letariats dar.

Zum eigentlichen Thema übergehend, führte der Referent u. a. aus, daß nicht nur der politische Stand, sondern auch der wirtschaftliche Sieg des Sozialismus Deutschlands Zukunft sein muß. Ihn zu verwirklichen, helfen sich gewaltige Hindernisse entgegen. Die hyperinflationäre Welle, welche die Mark die Höhe als abgetan erklären, irren sich. Wenn auch durch den Krieg, den Marx und Engels nicht in Rechnung stellen konnten, die von ihnen gelehrte Entwicklung unterbrochen wurde, so be-steht sich heute schon, nach ein paar Friedensjahren, die Möglich-keit ihrer Entwicklung durch eine noch nie gekannte Konzentration des Kapitals, durch Bildung von bisher an Größe unerreichten Konzernen. Und dies in einer Zeit, wo die Ar-beiterklasse nach Sozialismus lechzt.

Diejenigen Leute, die vor dem Kriege an Deutschlands Spitze gestanden, sind nicht unschuldig an demselben. Inner-halb der Partei an Gut und Blut und an Volksgesundheit hat er im Gefolge gehabt, das dieselbe trifft auf den Weltmarkt zu, der vollständig darniederliegt. Unsere Feinde haben nicht notwendig, die Wladode fortzuführen, durch die Entwertung des Geldes erreichen sie diese Ziele. Schon vor dem Kriege waren wir nicht imstande, die Bevölkerung zu ernähren, jetzt durch Gebietsabtretung erbt recht nicht. Die Landwirtschaft ist mit ihrer Produktion auf einen tiefen Stand gesunken, wir treiben heute eine erpöbte Landwirtschaft. Dazu kommt der Versailler Friedensvertrag mit seinen für uns schädlichen Bestimmungen.

Unsere allwöchentlichen Volkstreffen haben seinen Grund, sich über den Verfall der moralischen, denn hätten sie gefehlt, so wür-den sie ebenso besuchten sein. Das Schmerzhafteste ist, daß durch den Friedensvertrag wir unser eigenes Schicksal, unsere eigene Zukunft nicht bestimmen können.

Deutschland und Kommunisten wollen den Friedens-vertrag mit Waffengewalt umstürzen. Wir aber wollen keinen neuen Krieg. (Lebhaftes Beifall) Unsere Kräfte wollen wir aber darauf konzentrieren, von den untragbaren Lasten des Vertrags durch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, durch Errichtung einer neuen Welt, abzumähen. Dieser Prozeß kann nicht in wenigen Monaten zum Abschluß gebracht werden, aber er bedeutet nicht nur Deutschlands, son-der ganz Europas Hoffnung. Diesen internationalen Gedan-ken zu pflegen, ist zugleich die beste nationale Politik.

Nachdem Gen. Braun die Bergangenheit und Gegenwart besprochen, ging er zu den Zukunftsfragen über. Sie zu bewältigen brauchen wir ein mächtiges und klar bildendes Volk. Deutschland befindet sich in tiefster Not, auch den anderen Län-dern geht es nicht besser. Die Verelendung des Volkes der Völker bildet den Nährboden zu einem Ausweg durch die Völker. Nur durch internationale Abschlüsse, durch Regelung des in-ternationalen Geldwesens können wir aus der Defizit- und Schuldenwirtschaft herauskommen. Vor allem ist auch not-wendig, daß wir über unsere Kräfte hinaus verfügen können. Nicht mit kleinen Mitteln können wir unsere Wirtschaft heben, sondern nur mit großen. Dazu gehört die Sozialisierung des Bergbaues, vor allem der Kohlenbergwerke. Und die anderen Industrien können wir durch zeitgemäße Wirtschaftsverträge, durch internationalen Warenaustausch, zur Verwendung bringen, wo nicht mehr die Gewalt in die Hände der Privatwirtschaft gelegt, sondern dem Staat die Verfügungsmacht übertragen wird.

Als Hauptziel für den Aufstieg ist der sozialistische Sozialis-mus zu bezeichnen, wo nicht für die Zukunft, sondern nur für die Gegenwart gesorgt wird. Dazu kommt, daß durch die Unmöglichkeit der Arbeiterklasse dieselbe geschwächt wird. Nicht die Zersplitterung in viele Seiten, sondern eine einzige ge-schlossene Arbeiterklasse tut uns not. In der sozialdemokrati-schen Partei herrscht die größte Zersplitterung, während bei den Kommunisten eine Unabwiesbarkeit sondergleichen herrscht. Das Mahnwort im kommunistischen Manifest „Proletariat aller Länder vereinigt euch“ müssen wir in die Wirklichkeit umsetzen, eine einzige geschlossene Macht bilden, dann ist es aus mit Kapital und Stimm, dann erwidern wir unser geliebtes Ziel. Sturmischer Beifall folgte dem vorzüglichen Referate, der beste Beweis, daß die Versammlung mit dem Referenten einig war. Nachdem noch ein Diskussionsreferat sich gegen den Friedensvertrag gewandt, wies Gen. Dr. Braun im Schlußwort be-sonders den so oft gemachten Vorwurf von der „Erdolung der Front von hinten“ zurück und widerlegte an Hand von Be-weisen die haltlose Fiktion derselben.

Mit der Aufforderung, der Partei beizutreten und den „Volkstrend“ zu abonnieren, schloß Gen. Wesler die vor-zügliche und stimmungsvolle verlaufene Versammlung.

Jugend und Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag

Arbeiter-Turn- und Sportbund

F.T. Karlsruhe 1. B.T. Am 1. 3.3 (2.2). Vor einigen bun-dert Zuschauern eröffnete Schiedsrichter Kohlmeier aus Dur-lach um 3 Uhr das Spiel, welches wohl eines der spannendsten der Schlußrunde war. In der 4. Minute übernahm Aue durch Schluß von Kaufeld, S. die Führung. Nach mehrmaligen Drängen von Aue konnte durch Kaufeld, S. der 2. Treffer erzielt werden. Nun kam auch Karlsruhe, das sich immer mehr und mehr zusammenfand, in Front. In der 21. Minute gelang es Aab (Mittelfeld), für Karlsruhe das erste Tor zu buhen. 7 Minuten später konnte Hörmann (Einsteiner) den Ausgleich für Karlsruhe erzielen. Nun ging es mit 2:2 in die Pause. 3 Minuten nach Halbzeit konnte Kriebler (Einschläger) für Karlsruhe das 3. Tor erzielen. Ein sehr maßvolles Spielen von selten Aue setzte sich ein. Der Schiedsrichter war nun zugun-zen, mehrere Male eingegriffen, da das Spiel sehr auszuarten schien. Im Gedränge konnte Ferner von Aue durch Kopf-oder Armball den Ausgleich erzielen. Ein fernes Drängen be-gann nun, wo von beiden Seiten schöne Chancen ausgelassen wurden. Endlich brachte der Schlußpfiff dem interessanten Spiel das Ende.

Eggstein — Ehenwettersbad 2:2. Das Spiel war an-merkenswertes Momenten reich und wurde von beiden Mann-schaften stark durchgeführt. Glänzende Durchführungen beider Elf schützten an den Verteidigern. So verlief das Spiel.

Die Halbzeit resultatlos. Nach Halbzeit legte Hohenwetter...

Zu beobachten ist, daß das Publikum Eigenheits, trotzdem...

Dem Spiel ging ein Spiel der 2. Mannschaft voraus...

Klasse A: Freie Turnerschaft Kreis-Turnverein Aue...

Rechte Nachrichten

Das Spaar Kohlenabkommen erdffelt uns

Wien, 27. Nov. Der Reichslohlenverband und der Grenzschutz...

Verhinderung des städtischen Eisenbahnebes

Strasbourg, 27. Nov. Nach hier eingegangenen Berichten...

Zu den Kapitalverfahrungen nach dem Aus-

Zu der Anfrage des Sozialdemokraten Herrmann Müller...

Die Milchfähe aus Amerika

Berlin, 27. Nov. (Reichstelegramm). Der Reichsminister...

Amsterdam, 28. Nov. Einer Rentermeldung aus London...

Internationaler Gewerkschaftskongreß

Amsterdam, 28. Nov. Einer Rentermeldung aus London...

Fort mit den Kriegsschulden!

London, 27. Nov. (Holländisch Neusbüreau). Der Inter-

Die Ausgrabungen der französischen Gefallenen

Strasbourg, 27. Nov. Wie die französische Regierung...

Drohender Streik im Lanfiter Kohlenbezirk

Dresden, 27. Nov. Dem gesamten Oberlausitzer Kohlen-

Großes Explosionsunglück

Mailand, 27. Nov. Bei einer Explosion in Vergata, die...

Ein österreichische Bitte an Deutschland

Wien, 27. Nov. (Reich-Tele). Die österreichische Regierung...

Die Annahme Oesterreichs

Wien, 27. Nov. In der Unterkommission der Völkerver-

Polen und Rußland

Paris, 27. Nov. Wie der 'Temps' aus Warschau...

Die griechische Volksabstimmung

Wien, 27. Nov. Ein Dekret betreffend die Volksabstim-

Kämpfe der Irländer

Wien, 28. Nov. Die Reuter aus London meldet, wurden...

Daluta-Bericht vom 27. November

Die Markt notierte heute in der Schweiz ca. 925 Cts. Aus-

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-

Die Luftdruckverteilung hat im Laufe des gestrigen Tages...

Glasserstand des Rheins

Schiffahrt 26, gef. 1; Neßl 120, gef. 4; Ragau 270, gef. 5;

Orientreisen der Kreuzfahrten

Sulzbürg. In A. besteht noch ein Parteibereich; er schlägt...

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel...

Vereinsanzeiger

Naturfreunde Gau Baden. Heute abend 7 Uhr Aufführung...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Heaufgebore. Timotheus Heib von Reichheim, Maschinen-

Geburten. Luise Erna, V. Emil Robert, Kaiser. Maria...

Dankfagung.

Für die hochherzige Tat der drei Herren, deren Namen und bis jetzt noch nicht bekannt sind...

Mandolinen Gitarren

und 6170 Lauten taugt fortwährend

Weintraub's An- u. Vertriebsgeschäft

22 Kronenstr. 22. Diwan's neue, von 650 Mk. an

Ein Schaukelpferd

eine Burg billig zu verkaufen. 6557

Durlacher Anzeigen.

Reichsvereinigung ehemalig. Kriegsgefangener

Beiratsgruppe Durlach. Montag, den 29. Nov., 1920, abends 8 Uhr.

Monats-Versammlung

im Lokal. Betr. wichtige Besprechung (Weihnachtsfeier) ist

Verförmung der minderemittelten Bevölkerung

Der Kommunalverband Durlach-Stadt, gibt ab: Kamelhaarjahnleuchter

Der Verkauf findet in der Abteilung für Textil- und Lederwaren

Abteilung für Textil- und Lederwaren. 3201

Ausstellung von Zeugnissen für Kranke

Für die Ausstellung von Lebensmittelausweisen für Kranke...

Richtlinien:

- 1. Zeugnisse dürfen nur für die unbedingt nötige Zeit...

Wastatter Anzeigen.

Das städtische Arbeits- und Wohnungsbauamt...

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

Für hilfsbedürftige Kriegervfamilien.

Die Finanzverhältnisse aus der Gerdemeister Karl...

Gefuche um Unterstützung aus diesen Mitteln...

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

Für Unterstützungsbedürftige.

Die Finanzverhältnisse Die Finanzverhältnisse...

a) aus der P. W. Gräßinger'schen Stiftung...

b) aus dem Guido Pfeifer'schen Legat und...

c) aus dem Josefina Faller'schen Legat...

Im Sinne der Stifter hat die Verteilung zu...

zu a) an hiesige Witwen, welche von der...

zu b) an besessene Arme, wobei ganz beson-

zu c) an alleinlebende Personen und brave...

Gefuche um Unterstützung aus diesen Mit-

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

Am Mittwoch, den 1. Dezember, findet eine

Wiedergabe statt, welche von Haus zu Haus...

Es ergeht an alle Viehhalter die Ersuchen...

Wer vorzüglich eine Anzeige nicht erstattet...

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

Bruchtaler Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe.

Am Mittwoch, den 1. Dezember wird bei nach-

stehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die...

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

an die Kunden von Nr. 684 bis Nr. 779 und von...

an die Kunden von Nr. 86 bis Nr. 186 je zwei Jtr.

Das Brennmaterial muß bis zum 8. Dezember...

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

Montag, den 28. November 1920. Das Bürgermeisteramt.

WIR SIND BEREIT

Sie
für das bevorstehende
Weihnachts-Fest gut und billig zu bedienen *
Im ganzen badischen Land ist unsere grosse Leistungsfähigkeit
bekannt * * Es ist unmöglich, aus der Riesenzahl praktischer und vorteilhafter
Geschenk-Artikel einzelne Stücke herauszugreifen * * * * * Jede Abteilung für sich bietet ein Bild der nach
den Kriegsjahren wieder hergestellten Qualitäts-Arbeit deutscher Industrie * *
Jeder Einkauf wird Sie überzeugen, dass wir nicht zuviel
gesagt haben * * * Wir empfehlen den
Vormittags-Einkauf

GESCHWISTER KNOPF KARLSRUHE

Kriegerwaisen - Weihnachts - Bescherung

19. Dezember 1920, nachmittags 3 Uhr, im großen Festhallsaal.
Diejenigen Kriegerwitwen unserer Ortsgruppe, welche ihre Kinder unter 14 Jahren in den Bescherungslisten noch nicht haben eintragen lassen, werden ersucht, dies unverzüglich auf unserer Geschäftsstelle Karlsruhe, Beierthelmer Allee 10, nachmittags zwischen 3 und 7 Uhr, nachzuholen. Mitgliederkarte ist vorzuzeigen. Nach dem 4. Dezember eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen / Ortsgruppe Karlsruhe.

Verein Volksbildung G. B. Karlsruhe.
Sonntag, den 5. Dezember, nachmitt. 2 Uhr, findet im Landestheater eine Vorstellung statt und zwar:

Dornröschen.

Die Eintrittskarten hierzu werden verkauft: für die beruflichen Mitglieder, in der Geschäftsstelle des Vereins, Stadtmichl. 67, von Mittwoch, den 1. Dez., an täglich von 2-6 Uhr. Für die Mitglieder des Gewerkschaftskartells in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstr. 13 und in der Restauration zur „Goldenen Krone“, Amalienstr. 16. Für die Eisenbahnhauptwerkstatt in der Restauration zum „Auerhahn“. Für den Verband freiwill. Hilfskassen in der Restauration zur „Vollschlacht“, jeweils **Dienstag, den 30. November, abends 7 Uhr.** Freie der Plätze von Mk. -80 bis Mk. 4.-. Abgeschnittenes Geld ist mitzubringen, fogleich ist die neue Mitgliedskarte einzulösen. (Minderbeitrag Mk. 3.- jährlich). Ferner finden Mittwoch, den 8. und Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal für Chemie der Techn. Hochschule Vorträge von Herrn Professor A. Ricker statt: **Das astronomische Weltbild im Wandel der Zeiten**, mit Versuchen und Lichtbildern. Freie der Karten für die Mitglieder Mk. 1.-, Nichtmitglieder Mk. 2.- und sind in der Geschäftsstelle des Vereins zu haben. Der Vorstand.

Bekanntmachung

über die Viehzählung am 1. Dezember 1920.
Am 1. Dezember 1920 findet im ganzen Deutschen Reich eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Mindervieh, Schafe, Schweine, Flegel, Federvieh zahme Kaninchen (Stallhasen), Bienenstöcke und Hunde. Die Zählung wird durch die Schutzmannschaft von Haus zu Haus vorgenommen. Jeder, der Vieh im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, seinen Bestand dem Schutzmann anzugeben. Personen, die Vieh besitzen, aber bis 5. Dezember danach nicht befragt sein sollten, sind verpflichtet ihre Bestände schriftlich oder mündlich dem städtischen Statistischen Amt, Zähringerstraße 68, oder den Gemeindefretariaten der Vororte am 6. Dezember mitzuteilen. Wer zur Anzeige verpflichtet ist, sie aber nicht rechtzeitig oder unrichtig erstattet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft. 3190
Karlsruhe, den 27. November 1920.
Das Bürgermeisteramt.

Am 24. ds. Mts. gaben wir bekannt, daß infolge Wassermangels im Kurzwerk und ungenügender Kohlenlieferung an das städt. Elektrizitätswerk äußerste Einschränkung des Stromverbrauches notwendig sei und der Licht- und Kraftverbrauch tunlichst auf die Hälfte des bisherigen Verbrauches eingeschränkt werden soll. Die Erfahrungen der letzten 2 Tage erbrachten leider den Beweis, daß die Abnehmer, mit wenigen Ausnahmen, ihren Stromverbrauch nicht eingeschränkt haben. 3191
Wir ersuchen deshalb nochmals, die eingangs erwähnte Bekanntmachung zu beachten, damit die Abwicklung einzelner Stadtgebiete oder die gänzliche Einstellung der Stromerzeugung vermieden wird.
Karlsruhe, den 28. November 1920.
Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Goldbarsch

aus eigener Münzerei. 6020
Armbruster
46 Kugartenstraße 40.

Schneidemaschine

Herrenschneidemaschine
zu verkaufen. 6024

Weintraub

An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52.

Arbeits-Anzüge

neu, 200-250 Mk. Wintermäntel, 250-450 Mk. selbstgegr. Mäntel, Hüde und Hosen, Led.-Mantel, samar. d. Hochseitsleid, wie neu, 44, einzig. Koffime, Pelze, Ziefel u. Schuhe in großer Auswahl sehr preiswert. - Offenweinsstraße 32, 2. Stock, bei Angelad. 6550

Strickmaschine

mit sämtlichen Zubehörsachen zu verkaufen
Weintraub An- u. Verkaufsgeschäft.
Kronenstr. 52. 6025

Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle

für Erwerbsbeschäftigte und Erwerbslose in Karlsruhe, Zähringerstraße 100, Telefon 5270-5274, liefert ab Lager (Erzbergerstraße), oder frei Keller oberirdig gehalten, Kufenholz, kein gelbliches, Strohholz in jeder Größe und in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterstützt unter Beibringen arbeitsbeschäftigter und arbeitsloser Personen Beschäftigung zu schauen. 1005

Brennholz

in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterstützt unter Beibringen arbeitsbeschäftigter und arbeitsloser Personen Beschäftigung zu schauen. 1005

Gummi-Schuhbesohlerei

Hirschstraße 83. 6579
1 Paar Herren-Zohlen u. Abfäse 21.00
1 Paar Damen " " " 18.00
1 Paar Kinder " " " v. 12.00 an
Kein Nagel! Nur geflebt!
Doppelt so haltbar wie Leder.

Großer Verkauf von Männeranzügen.

Um der starken Nachfrage nach guter und preiswerter Männerkleidung zu genügen, verkauft die Städt. Bekleidungsstelle ab **Montag, den 29. November** einen großen Vorrat gutgearbeiteter Männeranzüge zu sehr billigen Preisen und zwar:

- Serie I zu Mk. 375.-
- II " " 475.-
- III " " 575.-
- IV " " 675.-

—: Empfehlenswerte Stoffe. —: Beste Passform und Verarbeitung.

Nur noch diese Woche fortgesetzt wird der Verkauf von:
Wintermänteln für Männer zu Mk. 270.-
und **Männerhosen (Arbeits- und bessere Stoffe)** zu Mk. 75.- und Mk. 89.-.

Verkauf an Jedermann.

Padmaterial bitte mitbringen.
Verkauf täglich von 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags, Samstags nur bis 5 Uhr. 3192
in der Neuen Städt. Ausstellungshalle gegenüber Festhalle, Eing. Gartenstraße.

Alt. Gold, Silber, Platin

zahlt stets am höchsten
Wilde, Uhrmacher
Kreuzstraße 16. 6560

Strickmaschine

mit sämtlichen Zubehörsachen zu verkaufen
Weintraub An- u. Verkaufsgeschäft.
Kronenstr. 52. 6025

Die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle

für Erwerbsbeschäftigte und Erwerbslose in Karlsruhe, Zähringerstraße 100, Telefon 5270-5274, liefert ab Lager (Erzbergerstraße), oder frei Keller oberirdig gehalten, Kufenholz, kein gelbliches, Strohholz in jeder Größe und in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterstützt unter Beibringen arbeitsbeschäftigter und arbeitsloser Personen Beschäftigung zu schauen. 1005

Brennholz

in jeder Menge zu Tagespreisen. Jede Bestellung unterstützt unter Beibringen arbeitsbeschäftigter und arbeitsloser Personen Beschäftigung zu schauen. 1005

Gummi-Schuhbesohlerei

Hirschstraße 83. 6579
1 Paar Herren-Zohlen u. Abfäse 21.00
1 Paar Damen " " " 18.00
1 Paar Kinder " " " v. 12.00 an
Kein Nagel! Nur geflebt!
Doppelt so haltbar wie Leder.



Karlsruher Parkett- u. Fenster-Reinigungs-Institut
Reinigen von Parkettböden
Feinstern u. Glasdächern
Adolf Kiefel, Rodolfsstr. 25 III

Platin

Alt-Gold, Alt-Silber,
Brennweite, Zäbuc,
Gebisse
kauft zu gewöhnlichen
Preisen höchste Preise.
W. Jung, Kaiserstr. 9,
1 Treppen. Nur von 1/20
bis 1/12, 1/3 bis 1/6 Uhr.
Telephon 4104.

Badisches Landestheater.

Montag, den 29. November 1920 3196
Schülermiete-Vorstellung A 2.
Die Geschwister.
Schauspiel in einem Akt von Goethe.
Hierauf:
Der eingebildete Kranke.
Lustspiel in 3 Akten von Molière.
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende nach 1/2 9 Uhr.

Fett-Gänse

einzelne
Gänsefette
Gänsefett
sind in bekannt guter
Qualität zu billigsten
Lagepreisen zu haben bei
H. Durlacher
Kaiserstraße 64.
Telephon 647.

Jetzt ist es Zeit

alle kranken und verwundeten
Puppen
zu bringen.
(Schluß der Reparaturen-Aannahme am 1. Dez.)
Erste Karlsruher Puppen-Klinik
H. Bieler, Kaiserstrasse 223
zwischen Douglas- und Hirschstrasse
Grosses Lager in Puppen aller Art
Perücken, Ersatzteilen, Köpfen, Garderobe

Privatpargellgesellschaft in Karlsruhe.

Die Dividende für 1920 ist vom Ausschuss auf **10 Prozent des am Jahresabschluss bestehenden Zinsguthabens** festgesetzt worden. Zum Jahresabschluss sind fahungsgemäß sämtliche Sparbücher vorzulegen. Soweit in diesem Jahre Einlagen oder Rückzahlungen nicht mehr beachtlich sind, können die Sparbücher schon jetzt eingereicht werden. 6504
Karlsruhe, den 25. November 1920.
Der Verwaltungsrat.

Gewerkschaftskartell Bretten

hat circa siebzig
Herren- und Burschen-Anzüge
zu angemessenen Preisen zu verkaufen, was
Verkaufsort: „Wärrtenberggerhof“.

Zeitungs-Trägerin

für die Mittelstadt.
Gelegene Bewerberinnen wollen sich bei
uns melden.
Geschäftsstelle des „Volksfreund“
Zäuserstraße 24.

Back-Mehl

gefeinigt geschäftl.
Zur Weihnachtsbäckerei usw. versendet
in Paketen von 9 und 18 Pfund
das Pfund zu 4 Mark
ab hier gegen Nachnahme 6807
A. Zluhan, Bretten.

Palmen

naturpräpariert
Vasenäste, Steh-u.
Hängepflanzen, Laubstauden
W. Sims Nachf., Kreuzstraße 4.

Asthma

kann geheilt werden, auch in den
schwersten Fällen. **Ganz neues
Behandlungsverfahren. Behandlung
durch Fachmann, der selbst
20 J. asthmaleidend war, unter
ärztl. Leitung.**
Sprechstunden in **Karlsruhe**,
Mittwoch, den 1. Dez., 10-2 Uhr,
Hotel Müller, Kreuzstrasse 19.
Dr. med. E. Olpe. 6800